

Wir Ostpreußen

[Folge 11 vom 01.07.1949](#)

**Seite 1 Siebentausend Königsberger trafen sich in Hamburg in Planten un Blumen  
Foto: Ernst Otten, Hamburg**



## **Seite 2 Wir fragen – Dr. Schreiber antwortet**

Es sind im Grunde immer wieder die gleichen Fragen, die nun schon seit vielen Monaten, ja seit Jahren nicht nur uns Ostpreußen, sondern alle Heimatvertriebene bewegen, vor allem die nach dem Lastenausgleich, den Pensionen für verdrängte Beamte, der Auszahlung von Sparguthaben und Bankkonten, der Kredite für Flüchtlingsbetriebe und der Zusammenführung von Familienangehörigen. Wir alle haben in unserem eigenen kleinen Kreis erfahren, wie außerordentlich schwierig, ja unmöglich es oft war und immer noch ist, die Erfüllung einer noch so bescheidenen Bitte oder einer kleinen Forderung zu erreichen, wenn diejenigen, die sie erfüllen sollen, darin eine Schmälerung ihrer Interessen sehen. Wie es im Kleinen ist, etwa innerhalb einer Gemeinde, so ähnlich ist es auch im Großen. Hätte das Amt für Heimatvertriebene in Frankfurt a. M. die Vollmacht, Entscheidungen zu treffen, dann wäre schon längst alles in unserem Sinne gelöst worden. Leider aber hat das Amt nicht die Möglichkeit, verbindliche Bestimmungen festzusetzen oder einen Machtspruch zu fällen oder gar Gesetze zu erlassen. Es hat auch keine Vollmachten erhalten, um in den einzelnen Ländern in einzelnen Fällen, mögen diese auch noch so krass sein, tätig zu werden. Man hat ihm lediglich die Aufgabe gestellt, in grundsätzlichen Fragen, die alle Heimatvertriebene angehen, zwischen den Ländern übereinstimmende Beschlüsse anzuregen und vorzubereiten.

Zunächst muss man feststellen, dass wir uns jetzt in einer Art Zwischenzustand befinden. Denn wir stehen ja vor der Wahl des Bundestages, der nach seinem Zusammentritt die Aufgabe haben wird, Gesetze zu erlassen, die für sämtliche drei Zonen im Westen Geltung haben werden. Es wird dann auch die Bundesregierung gebildet werden, welche die westlichen Zonen verwalten und die Gesetze durchführen soll. Es ist nun klar, dass die zur Zeit laufenden Entwicklungen, welche uns Heimatvertriebene angehen, etwas gestört werden, denn die in Frage kommenden Stellen scheuen jetzt davor zurück, Entscheidungen zu treffen; sie wollen die Wahl des Bundestages und die Bildung der Bundesregierung abwarten.

Aber Tausende warten so sehnsüchtig auf Entscheidungen; sie wollen wenigstens wissen, wie die Dinge denn heute liegen. Und da lässt sich nach den Auskünften, die wir in einer Unterredung mit Dr.

Schreiber in Frankfurt auf unsere Bitte hin erhalten haben, zusammenfassend etwa folgendes zu sagen:

### **Der Lastenausgleich**

Was ist nicht alles über den Lastenausgleich geredet und geschrieben worden? Kommen wird er, das ist sicher, wann aber, das ist heute noch gar nicht abzusehen.

Jedenfalls wird erst der kommende Bundestag diese Frage entscheiden.

Das Gesetz über die Soforthilfe wurde bekanntlich von den Militärregierungen beanstandet. Inzwischen ist nun der ganze materielle Inhalt des Gesetzes in denkbar kürzester Zeit durch alle Instanzen (Verwaltungsrat, Wirtschaftsrat, Länderrat) erneut in Gesetzesform gebracht worden, und dieses Gesetz wird nach der nun zu erwartenden Zustimmung der Militärregierungen in Kraft treten. Damit werden für alle arbeitsunfähigen and alten Vertriebenen die Unterstützungssätze auf 70 DM im Monat erhöht. Dieser Betrag erhöht sich weiter um 30 DM für den Monat für die Ehefrau und 20 DM für jedes Kind bis zum 15. Lebensjahr und bis zum 18. Lebensjahr, wenn die Kinder in Berufsausbildung stehen. Übrigens werden die Unterhaltshilfen vom 1. April d. J. gezahlt werden, so dass für die vorangegangenen Monate noch Nachzahlungen geleistet werden; diese sollen bei den ersten Zahlungsterminen ratenweise vorgenommen werden.

Sehr wichtig wird es sein, in welcher Höhe die Beträge, die für die Durchführung der Soforthilfe notwendig sind, nun von den Steuerpflichtigen eingehen werden. Denn nur wenn mehr eingeht, als für die Unterhaltshilfe gebraucht wird, werden Beträge für die anderen geplanten Hilfen zur Verfügung stehen, also für die Aufbauhilfe, die Ausbildungshilfe, die Hausratshilfe und die Gemeinschaftshilfe.

Übrigens steht es noch keineswegs fest, ob sich auch die Länder der französischen Zone der Soforthilfe anschließen werden. Es muss also bei der Übersiedlung in die französische Zone unter Umständen damit gerechnet werden, dass dort die Soforthilfe nicht geleistet wird, so dass also Personen, die auf die Soforthilfe Anspruch haben, sich sehr überlegen müssen, ob sie in die französische Zone gehen.

### **Pensionen für verdrängte Beamte**

Gerade die Tatsache, dass heimatvertriebene, pensionierte Beamte entweder gar keine Pensionen erhalten oder wesentlich geringere als die Einheimischen, ist immer wieder Gegenstand von heftigen Beschwerden bei den Behörden, auf Kundgebungen und in Veröffentlichungen. Es ist selbstverständlich, dass das Amt für Heimatvertriebene besonders auch in dieser Frage immer wieder tätig ist, aber leider liegt die Entscheidung über die Zahlung von Pensionen an verdrängte Beamte nicht bei ihm, sondern ausschließlich bei den einzelnen Ländern, da diese die Mittel dafür aufbringen müssen. Es ist unter Mitwirkung des Amtes, den Ländern ein Gesetz vorgetragen worden, durch das die Angleichung der Pensionen und der Bezüge für die Hinterbliebenen an die der einheimischen Beamten vorgeschlagen wird. Bisher hat jedoch lediglich der Landtag Nordrhein-Westfalen einen entsprechenden Beschluss gefasst. Ob und wann die anderen Länder das Gleiche beschließen werden, kann jetzt niemand sagen. Für die Beamten der Zweizonenverwaltung, praktisch also für die der Post und der Bahn, ist die Entscheidung gefallen; es werden die Bezüge vertriebener pensionierter Beamten bei Post und Bahn zum 1. Juli an die der einheimischen Beamten angeglichen.

### **Auszahlung der Sparguthaben**

Ob die Guthaben bei Sparkassen und Banken einmal wieder zur Auszahlung gelangen werden, diese Frage bewegt besonders viele Heimatvertriebene, denn in überaus zahlreichen Fällen sind diese Guthaben der gerettete letzte Rest des Vermögens. Nun haben manche Sparkassen und Banken aus dem Osten ihre Buchungsunterlagen ordnungsmäßig nach den Westzonen verlagert, und sie könnten zur Auszahlung der Guthaben instandgesetzt werden. Der Verwaltungsrat der Bizone hat auch einem entsprechenden Entwurf zugestimmt. Leider hat sich nun der Zentralbankrat — dieser stellt die Vertretung der deutschen Landeszentralbanken dar — diesem Entwurf nicht angeschlossen. Er hat gegenüber der alliierten Bankkommission, die eine Aufsichtsstelle der Militärregierung ist, einen stark eingeschränkten Vorschlag gemacht. Die Entscheidung der alliierten Bankkommission steht noch aus.

### **Kredite für Flüchtlingsbetriebe**

Das Amt für Fragen der Heimatvertriebenen verfügt leider über keine Mittel, um von sich aus irgendwelche Kredite für Flüchtlingsbetriebe zu geben. Alle finanziellen Maßnahmen, die damit zusammenhängen, liegen ausschließlich bei den Ländern. Das Amt hat keine Möglichkeit, in einzelnen Fällen tätig zu werden. Seine Arbeit besteht darin, die grundsätzliche Linie durchzusetzen,

durch die Mittel für Flüchtlingsbetriebe freigemacht werden können. Innerhalb der deutschen Kreditwirtschaft bedeutet das nicht weniger, als in weitem Umfange den Übergang vom Realkredit zum Personalkredit durchzusetzen, das heißt, nicht der Besitz von Sachwerten soll für die Kredithergabe entscheidend sein, sondern die Person, der er gegeben wird.

Die Währungsumstellung hat bei uns eine große Scheidelinie errichtet. Auf der einen Seite stehen die Besitzer von Sachwerten, die durch die Umstellung überhaupt nicht unmittelbar betroffen worden sind, auf der anderen Seite die Besitzer von Geld. Diese haben eine Abwertung auf 6 ½% über sich ergehen lassen müssen. Alle Vertriebenen, mit wenigen Ausnahmen, gehören nicht zu den Sachwertbesitzern. Wenn nun in Zeiten des Kreditmangels die Kredite an die Sicherung durch Sachwerte gebunden werden, wie das jetzt der Fall ist, dann trifft die Vertriebenen zum zweiten Mal ein schwerer wirtschaftlicher Schlag. Denn da sie keine Sachwerte als Sicherheit stellen können, erhalten sie auch keine Kredite. Andererseits haben alle die Vertriebenen, die trotz der riesengroßen Schwierigkeiten einen Betrieb auf die Beine gestellt haben, eine Entschlusskraft und Sachkunde gezeigt, die über dem Durchschnitt liegen. Wenn man die Kredite nach dem Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses verteilen würde, dann wären gerade sie berechtigt, Kreditforderungen zu stellen, denn das öffentliche Interesse besteht ohne Frage darin, durch Kredite die Entwicklung solcher Betriebe zu fördern, die als volkswirtschaftlich wichtig und wertvoll anzusehen sind. Heute aber können Personalkredite, also solche, die auf der Tüchtigkeit des Kreditnehmers beruhen, nicht aber von seinem Besitz abhängen, praktisch nur durch die Länder möglich gemacht werden, und zwar dadurch, dass diese Ausfallbürgschaften für Betriebe von Vertriebenen übernehmen.

Es wird von der Möglichkeit gesprochen, dass auch Mittel des Marshall-Planes für den Ausbau der wirtschaftlichen Unternehmungen der Vertriebenen eingesetzt werden sollen. Wann das praktisch einmal der Fall sein wird, lässt sich heute noch gar nicht übersehen.

### **Zusammenführung von Familien**

Alle Entscheidungen über Zuzugsgenehmigungen und die Fragen, die damit zusammenhängen, insbesondere auch über die Zusammenführung von Familien, liegen ausschließlich bei den Ländern. Das Amt hat keine Vollmachten, Entscheidungen in Einzelfällen zu treffen.

Ein bescheidener Anfang für eine gewisse Freizügigkeit ist zum ersten Mal dadurch erreicht worden, dass jetzt die Länder der französischen Zone sich bereit erklärt haben, 300 000 Vertriebene aufzunehmen. Es bestehen noch gewisse Schwierigkeiten wegen der Regelung von finanziellen Fragen, die damit zusammenhängen.

Zunächst können nur die Vertriebenen in den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern sich für diese Umsiedlung melden, und zwar bei den Stellen, die in ihren Ländern von den Anmeldestellen bekanntgegeben worden sind. Einzelanträge, die an das Amt gelangen, können nur an die Länder weitergereicht werden.

### **Wenn der Bundestag kommt . . .**

Es wurde schon im Anfang dieses Berichtes gesagt, wie bedeutungsvoll der Bundestag gerade für uns Heimatvertriebene werden wird. Für die Gesetzgebung des Bundes sind die Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen als konkurrierende Gesetzgebung vorgesehen, d. h. die Länder können auf diesem Gebiet in Zukunft Gesetze nur insoweit beschließen, als der Bund von seinem eigenen Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht. Es ist also damit zu rechnen, dass eine Reihe von Fragen, die für uns Vertriebene sehr wichtig sind und die bisher durch einheitliche Beschlüsse der Länder leider nicht geregelt wurden, durch den Bundestag und die Bundesregierung eine Lösung finden werden. Auch diese Überlegung zeigt, wie viel für uns Vertriebene von der Zusammensetzung des Bundestages und von der Arbeit, die er leisten wird, abhängt.

### Ex - Gauleiter Koch verhaftet

Unter dieser Überschrift meldet die in Hamburg erscheinende Zeitung " Die Welt " am 28.5.49:

" Jawohl ich bin Erich Koch", erklärte der ehemalige Gauleiter von Ostpreußen und spätere Reichskommissar der Ukraine sofort, als er dem Haftrichter in Hamburg vorgeführt wurde.

Bei seiner Verhaftung am Mittwoch durch deutsche Polizei, die von Beamten der Militärregierung unterstützt war, machte er nicht den Versuch, sich einer im Anzug verborgenen Giftphiole zu bedienen. Koch befindet sich auf der Kriegsverbrecherliste vom Juni 1948. Nach seiner Festnahme bat er darum, nicht an die Sowjetrussen ausgeliefert zu werden.

Die Oberstaatsanwaltschaft Hamburg teilt hierzu ergänzend mit, dass sich Koch bis zu seiner Festnahme am Mittwoch als Landerbeiter in Hasenmoor bei Kaltenkirchen unter dem Namen Rolf Berger aufhielt. Er bewohnte ein Einzelzimmer und beschäftigte sich vor allem mit Gartenarbeit und Hühnerzucht. Der Exgauleiter ließ sich 1945 mit gefälschten Militärpapieren als Major a.D. entlassen, unterzeichnete alle Dokumente mit dem von ihm angenommenen Namen, unter dem er auch im Dorf bekannt war. Allerdings lebte der " Herr Major " recht zurückgezogen und empfing außer " zwei Nichten " keinen Besuch. Es fiel auf, daß er bei einer Versammlung ostpreußischer Flüchtlinge plötzlich eine dunkle Brille trug. Nach der Währungsreform wurde auch für " Rolf Berger " trotz Gartenarbeit und Hühnerzucht das Geld knapper und knapper.

Koch soll sich nun vor dem Spruchgericht Hamburg-Bergedorf verantworten. Ausserdem wird Anklage wegen Urkundenfälschung gegen ihn erhoben. Er befindet sich zur Zeit in Einzelhaft in Untersuchungsgefängnis Hamburg.

### Seite 3 Gauleiter Koch als Sommerfrischler

Wie er vier Jahre lang als Major a. D. Rolf Berger, fünfzig Kilometer nördlich von Hamburg lebte



#### So sah er aus

als er am 10. Februar 1948 bei einem Fotografen in Bad Bramstedt eine Aufnahme von sich machen ließ. Mit Brille, aber ohne Schnurrbart und ohne den „Zauber“ seiner Uniform, - kein Wunder, dass selbst die Ostpreußen ihren ehemaligen Gauleiter Koch nicht erkannten.

Wie war das überhaupt möglich, wie konnte sich Koch vier Jahre lang unweit von Hamburg und mitten unter Ostpreußen aufhalten, ohne dass er erkannt wurde? Was machte er in der ganzen Zeit? Und wie wurde er schließlich doch erkannt und verhaftet?

Das sind so die Fragen, die vor allem die Ostpreußen stellen, wenn sie jetzt über den Mann sprechen, von dem zwölf Jahre hindurch ihr Wohl und Wehe und ihr Schicksal abhing, den Mann, der darüber hinaus ganz persönlich verantwortlich ist für die Qualen und die Leiden und den Tod unzähliger Menschen.

### Ein Hundsfott, wer sich selbst in Sicherheit bringt!

Blicken wir kurz zurück auf die Zeit zwischen 1944 und April 1945. Zahllos waren die Reden, in denen der Gauleiter, Oberpräsident, Reichsverteidigungskommissar und Reichsstatthalter Koch den Mund voller tönender Phrasen nahm. Im September 1944 sagte er z. B. vor ostpreußischen Männern, Frauen, Jungen und Mädchen, die an der ostpreußischen Ostgrenze Panzergräben aushoben: Der Führer ist in dieser Stunde mit all seinen Gedanken bei uns. Er wird Ostpreußen niemals preisgeben. Seine besten Divisionen werden die Stellungen, die ihr baut, unerschütterlich gegen den Ansturm des Bolschewismus halten, bis neu ausgerüstete deutsche Armeen die bolschewistischen Horden wieder bis an den Ural zurücktreiben. Ein Hundsfott, wer jetzt als Ostpreußen sich nur eine Sekunde dem Gedanken hingibt, Ostpreußen werde jemals fallen und daran denkt, sich selbst in Sicherheit zu bringen. Unsere Sicherheit ist hier. Unsere stärkste Sicherheit liegt im Glauben an den Führer. In

dieser Tonart, die noch untermalt wurde mit Androhungen der schwersten Strafen, ja der Todesstrafe, ging es die ganze Zeit hindurch.

Die nationalsozialistische Propaganda überschlug sich in Darstellungen, wie gewaltig die Befestigungsanlagen seien, die Koch errichten ließ, und sie stellte vor allem immer wieder seine ganz persönlichen Verdienste heraus. Koch wurde auch als der geniale Erfinder einer besonderen Art von Bunker gepriesen und gefeiert. Nach dem Muster: „Mein Führer, ich melde . . .“ wurde mit Zahlen nur so herum geworfen. Die Länge der unter seiner Leitung hergestellten Gräben sollte das Mehrfache der des Äquators betragen, und die Zahl der ausgehobenen Kubikmeter Erde ging in die Millionen. Alles stand unter der von Koch ausgegebenen Parole: „Kein Russe wird ostpreußischen Boden betreten. Ein Verräter, wer auch nur daran denkt, dass Ostpreußen preisgegeben werden könnte“. Als es dann darauf ankam, erwiesen sich die Gräben, wie es auch nicht anders zu erwarten war, als vollständig wertlos. Auch als die Russen weiter in Ostpreußen eindrangten, als die grauenhaften Vorgänge von Nemmersdorf und anderen Orten bekannt wurden, als unsere Soldaten das verlorengegangene Goldap wieder einnahmen und dabei dort keinen lebenden deutschen Menschen mehr vorfanden, selbst da wurde von Koch die Räumung verhindert. Ein Offizier aus dem Stabe der Heeresgruppe hatte in einer Unterredung mit Koch noch einmal die Notwendigkeit einer Evakuierung der Zivilbevölkerung betont. Koch hatte erwidert: „Ihre Aufgabe ist nicht, Ostpreußen zu räumen, sondern bis zum letzten Blutstropfen zu halten. Dazu gehört allerdings mehr als Generalstabsausbildung, nämlich der Glaube an den Führer. Gott sei Dank bestimmen im Führerhauptquartier nicht mehr die Generale, sondern die Gauleiter. Ostpreußen wird behauptet, so lange der Führer befiehlt. Und die Ostpreußen werden auf dem Schlachtfeld ihrer Heimat fallen, wenn der Führer es von ihnen verlangt. Es gibt keinen anderen Gedanken. Wer andere Gedanken hegt, ist ein Verräter“. Drei Wochen später hielten deutsche Soldaten in der Nähe von Danzig inmitten des grauenhaften Elendszuges der ostpreußischen Flüchtlinge einen Lastzug mit acht schweren Wagen und einem Tankwagen an, der sorgfältig ausgewählten Privatbesitz Kochs nach dem Westen brachte. Sie hatten nur die Macht, den Tankwagen zu beschlagnahmen, der Heeresgut war, den Lastzug selbst mussten sie weiterfahren lassen.

Während dann in der zweiten Hälfte des Januar 1945 viele Hundert Trecks, bei manchmal dreißig Grad Kälte und im Schneetreiben den Russenpanzern zu entkommen versuchten, während die Soldaten mit letzter Kraft sich der herandrängenden Flut der russischen Divisionen entgegenstemmten und während Knaben und Männer den Russen als Kanonenfutter vorgeworfen wurden, da brachte es der Mann, der den Mund so voll genommen und den Männern bei Todesstrafe verboten hatte, Frauen und Kinder rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, fertig, sich selbst rechtzeitig „abzusetzen“. Er schlug sein Hauptquartier in Neutief auf, einem Dörfchen auf der Frischen Nehrung. Von dort gab er die Parolen, die man dann als große Transparente über die Straßen von Königsberg spannte: „Schlagt die russischen Hunnen tot, wo ihr nur könnt!“ – „Königsberg bleibt deutsch!“ - „Schlagt den Russen die Zähne ein!“ - „Ostpreußens Volkssturm vor der Bewährung!“ In der Stadt ließ er Flugblätter „An meine Königsberger!“ verteilen. Der Volkssturm wurde mit flammenden Worten zum Ausharren und zum Kampf bis zum letzten Atemzuge für die ostpreußische Heimat aufgefordert. Während Zehntausende von Frauen und Kindern umkamen und andere Zehntausende unter kaum zu beschreibenden Strapazen ihr nacktes Leben zu retten versuchten, ließ er Sonderzüge mit seinem Privateigentum und mit den Frauen der prominentesten Nazis nach dem Westen abdampfen. Ein Sonderkommando des Volkssturms musste das 2000 Morgen große Gut Groß-Friedrichsberg bei Königsberg, das Koch sich hatte schenken lassen, und zu dem noch 500 Morgen von dem Nachbargut Metgethen hinzugekommen waren, bewachen, auf dass nur ja sein persönliches Eigentum nicht angetastet werde und niemand es wage, in dem zu einem Luxusschloss ausgebauten Gutshaus Quartier zu machen.

#### **Seite 3, 4 Ein Gauleiter, drei SS-Offiziere, vier Damen**

Seit dem Beginn des Kampfes um Ostpreußen stand für Koch ein mit Flak bewaffneter und von seinen Leuten gesicherter großer Hochseeschlepper zur Flucht bereit; mit diesem floh er von Neutief weiter nach Hela. Dort verlangte er von dem Kommandanten ein Sondergeleit nach Swinemünde. Der Kommandant lehnte diese Forderung ab und antwortete Koch, er möchte, wenn er wolle, sich mit seinem Dampfer einem Flüchtlingsgeleitzug anschließen. Es hatten sich damals auf Hela viele Zehntausende von Verwundeten, Kranken und Flüchtlingen zusammengedrängt, die verzweifelt auf eine Möglichkeit warteten, über See abtransportiert zu werden; der Landweg war ja schon lange unterbrochen. Immer wieder stürzten über Hela russische Flugzeuge aus den Wolken und warfen ihre Bomben zwischen die Menschen. Der Kommandant forderte nun von Koch, er möge Flüchtlinge an Bord seines Schiffes nehmen, und es wurden auch aus der Elendsmenge zweihundert Menschen zusammengestellt, die man auf das Schiff von Koch bringen wollte. Es war damals ja so, dass jedes

nach Westen fahrende Schiff weit über die Grenze seiner Tragfähigkeit mit Menschen beladen wurde. Ein Augenzeuge, ein ehemaliger Major, berichtet, dass sich in den Stunden, in denen Koch von Hela flüchtete, dort nur der Hochseeschlepper von Koch und ein Sperrbrecher befanden. Man war dabei, den Sperrbrecher mit Verwundeten, Kranken und Flüchtlingen zu beladen. Auf den Hochseeschlepper von Koch durfte niemand hinauf; auf dem Laufsteg stand ein SS-Sturmführer, der alle Verwundeten und Flüchtlinge, die Kochs Schiff betreten wollten, auf den gegenüberliegenden Sperrbrecher verwies. Dieser konnte natürlich nur einen winzigen Bruchteil der Menschenmasse aufnehmen. Auch der Augenzeuge kam als Verwundeter zu dem SS-Wachposten. Auf die Frage, warum dieser Dampfer nicht mit Verwundeten belegt würde, antwortete der SS-Sturmführer zunächst höflich und schließlich in auffahrendem Ton, das Schiff sei für Gauleiter Koch reserviert. Dann erschien auch „Herzog E. K. I. von Ostpreußen“ in Begleitung von drei SS-Offizieren und vier „Damen“ und schritt durch die verzweifelten Menschen hindurch auf das für ihn reservierte Schiff. Volksverbunden, wie er nun einmal immer gewesen war, dampfte er auf dem leeren Dampfer um 21 Uhr ab in Richtung Westen, gefolgt von dem überfüllten Sperrbrecher. Auch am nächsten Tag waren beide Dampfer noch zusammen, dann war Kochs Dampfer plötzlich verschwunden. Man sprach davon, dass er in Kopenhagen angekommen sei.

Das war die Art, wie Koch seine in Reden und in Aufrufen immer wieder hinausgeschriene Parole „Siegen oder fallen!“ Selbst befolgt hatte.

#### **Seite 4 Einsam im Wald, da liegt der Tannenhof**

Koch war und blieb verschwunden. Viele vermuteten, er sei ins Ausland gegangen, vielleicht nach Argentinien. Eine gewisse Berechtigung für diese Annahme gab die Tatsache, dass Frau Koch im Jahre 1934 zusammen mit der Frau des damaligen Reichsbischof Müller eine mehrmonatige Reise nach Argentinien gemacht hatte. Es wurde damals die Vermutung ausgesprochen, dass Frau Koch dabei Devisen ins Ausland geschafft und in irgendeiner Form angelegt habe. (Eine andere Lesart ist die, Frau Koch habe damals Dokumente herausgebracht, welche Hitler und die Partei stark belasten. Als im Spätherbst 1935 die Untersuchung gegen Koch wahrhaft tolle Dinge ans Licht brachte und Hitler Koch darauf in Berlin gefangen setzte, bekanntlich war Koch damals bereits nach Lichterfelde geschafft worden, um erschossen zu werden, soll Koch seine Freilassung und Wiedereinsetzung in seine Ämter durch die Drohung erzwungen haben, es würden bei seinem Tode die ins Ausland geschaffenen Dokumente veröffentlicht werden.)

Aber Koch befand sich weder in Argentinien, noch hat er Giftampullen geschluckt und sich in die Ostsee gestürzt, in der bei dem Untergang der Wilhelm Gustloff, der Steuben und der Goya, viele Tausende von Ostpreußen und Tausende von Verwundeten aus allen deutschen Gauen ihr Grab gefunden hatten, er führte vielmehr in einer idyllischen Gegend Holsteins ein geruhames und behagliches Leben. Rechtzeitig hatte er sich falsche Papiere besorgt, die auf den Namen eines Majors Rolf Berger lauteten. (Nach der Verhaftung antwortete er auf die Frage der Polizei, wie er auf den Namen Berger gekommen sei, er stamme ja aus dem Bergischen Land am Rhein, und daher sei ihm dieser Name so in den Sinn gekommen.) Er gab sich also als Major Berger aus, blieb dann auch in unmittelbarer Nähe des Arbeitsdienstlagers Fuhlenrüe, aus dem heraus er zur Entlassung gekommen war. Von vornherein ging er darauf aus, nicht in einem geschlossenen Dorf Unterkunft zu finden, sondern er bemühte sich, auf irgendeinen einsam gelegenen Hof zu gelangen, und so kam er nach dem Neuen Tannenhof, einer Bauernwirtschaft, die inmitten weiter Tannenwälder liegt. Es ist eine anmutige und landschaftlich recht abwechslungsreiche, in der die zu der Gemeinde Hasenmoor gehörige Ortschaft Fuhlenrüe liegt. Von Bad Bramstedt aus fährt man auf der asphaltierten Straße acht Kilometer weit nach Osten, biegt rechts in die weiten Tannenwälder ein und ist bald vor dem Hof, der eher wie ein großer Speicher aussieht und nichts von dem Gemütlichen oder gar Malerischen eines Bauernhauses hat. In diesem Haus hatte Koch im ersten Stock ein Zimmer erhalten, und hier lebte er die ganzen Jahre hindurch bis zu seiner Verhaftung.

#### **Seite 4 Ostpreußische Familien erkennen ihn nicht**

Natürlich hatte Koch alles getan, um sich unkenntlich zu machen. Der Schnurrbart war gefallen, er hatte sich eine Brille zugelegt, die Mütze zog er möglichst tief in das Gesicht hinein, und er hatte es sich angewöhnt, einem Menschen möglichst nicht in die Augen zu sehen. So kam es denn, dass auch die vier im gleichen Hause wohnenden ostpreußischen Familien ihn nicht als ihren ehemaligen Gauleiter erkannten. Dabei lebte Koch keineswegs einsiedlerisch oder auch nur zurückgezogen; im Gegenteil, er verbrachte oft täglich mehrere Stunden bei einer Frau, die mit ihren Kindern auf der anderen Seite des Bodens in einem Zimmer wohnte - der Mann arbeitete bei einem Bauern in der Nähe -, und mit einer anderen ebenfalls am gleichen Flur wohnenden Königsberger Familie stand er sich so gut, dass der Mann ihn häufig mit wenig wählerischen Ausdrücken belegte. Koch legte

anscheinend großen Wert darauf, mit allen auf gutem Fuße zu stehen, und er betonte oft, dass besonders die auf dem Boden wohnenden Familien zusammenhalten müssten. Weniger Glück hatte er mit einer im Erdgeschoss wohnenden Frau. Einmal bat er diese, für ihn doch ein paar Kartoffeln mit zu braten, und dabei wusste er natürlich besser als die Frau, wie Kartoffeln gebraten werden müssten. Worauf dann die Frau, ohne auch nur im Geringsten zu ahnen, wer ihr Bratkartoffelgast Rolf Berger in Wirklichkeit war, ihm sagte: „Lassen Sie man! Viele Köche verderben den Brei, und ein Koch ganz Ostpreußen! Koch hatte allen Anlass, darauf nichts zu erwidern. Im Übrigen beschuldigt ihn die gleiche Frau, ihr die Lenkstange aus ihrem Fahrrad gestohlen und in sein Fahrrad eingebaut zu haben. Als sie ihn stellte und zur Polizei gehen wollte, fuhr er mit seinem Fahrrad fort, wie er es jeden Abend zu tun pflegte, und als er dann zurückkam, hatte er die gestohlene Lenkstange wieder durch eine andere ersetzt. Überhaupt war der große Mann von ehemals, der sich rühmte, dass sein Herrschaftsbereich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer gehe, jetzt mitten drin in dem keineswegs großzügigen Betrieb eines bis auf den letzten Platz mit Vertriebenen belegten Hauses.

Im Übrigen lebte er einen sehr gemütlichen Tag. Irgendeinen Beruf oder irgendeine Arbeit übte er nicht aus, nur dass er das Stückchen Gartenland, das ihm zugewiesen worden war, mit Gemüse und Tabak bestellte und seine vier Hühner fütterte. Sein Tag war alles andere als anstrengend. Am Vormittag brutzelte er sich sein Mittag zurecht, wenn ihm das nicht von anderer hilfsbereiter Seite gemacht wurde, und am Nachmittag ging er in der warmen Jahreszeit mit ein paar Decken und einem Roman in den Wald, oder er zog auf die Beeren- und Pilzsuche. In Pilzen war er ganz groß, sagt eine Frau, erst in diesen Tagen hat er sein letztes Glas aufgemacht. Arbeiten mochte er gar nicht gerne. Als einmal bei der Kartoffelernte zwei Frauen sich mit ihm zu einer Akkordgemeinschaft zusammengetan hatten, da versagte er so, dass die Frauen sich sagten: „Einmal und nicht wieder!“ Er stöhnte über Schmerzen im Kreuz, dann über einen angeblichen Bruch. Alles Theater! meinten die Frauen. Auf seinem mehrere tausend morgen großen Gut das er in Ostpreußen besessen habe, mit Hunderten von Pferden und Kühen, da habe er, so erzählte er seinen Hausgenossen, nicht arbeiten brauchen, sondern er habe nur Unterschriften gegeben. Eine Darstellung, bei der er ausnahmsweise einmal nicht gelogen hat.

#### **Seite 4, 5 Geldmittel waren immer vorhanden**

Wie Koch in Ostpreußen alles auf Täuschung aufgebaut hatte, so machte er es auch jetzt in der Einsamkeit von Fuhlenrue. Es ist bekannt, dass Millionenbeträge der Erich-Koch-Stiftung nach dem Westen verschoben worden sind, und die dürften in irgendeiner Form wohl auch heute noch vorhanden sein. Koch hat immer über genügend Geldmittel verfügt, vor allem auch nach der Währungsreform, und wenn man bei seiner Verhaftung 250 DM vorfand, so dürfte das nur einen Teil des Geldes darstellen, das er in Wirklichkeit besitzt. Er stöhnte trotzdem und tat zeitweise so, als ob er als Vertreter einer Firma für Fotovergrößerungen arbeite und auch darauf angewiesen sei, den geernteten Tabak zu verkaufen; aber das alles geschah wohl nur, um sich zu tarnen. Jedenfalls war er den beiden „Nichten“ gegenüber durchaus nicht knauserig, zwei Mädchen aus Königsberg, die ihn, wie sie sagen, 1945 auf der Flucht kennengelernt haben und mit denen er in der ersten Zeit zusammen auf dem Tannenhof wohnte; Onkel Rolf war ihnen immer ein hilfsbereiter „Onkel“. Die eine Nichte ist schon vor längerer Zeit in die französische Zone verzogen, die andere hat ihre Besuche vor einigen Wochen eingestellt, etwa zu der Zeit, als es um Koch mulmig zu werden begann. Eine Frau J., eine Vertriebene aus Danzig, bemutterte dagegen bis zuletzt Koch in rührender Weise und sorgte für ihn; und Abend für Abend, so um 1/27, setzte er sich auf sein Fahrrad und fuhr durch den Wald zu ihr hin. Koch hatte sich übrigens als Arbeitsloser registrieren lassen; er erhielt 18 DM wöchentlich und das erste Mal eine Nachzahlung von mehr als 90 DM. Als er einmal bei der Auszahlung mit mehreren Arbeitslosen zusammenstand und bei dieser Gelegenheit doch einmal die Mütze zurückschob und die Brille abnahm, da fuhr einer Frau der Gedanke durch den Kopf: „Das ist doch Koch!“ Aber dann schob sie diesen Verdacht von sich.

Die Ehefrau des Koch lebt übrigens in Bad Schwartau bei Lübeck, und es wäre seltsam, wenn er mit ihr nicht in Verbindung gestanden hätte. Vor seinen Hausgenossen betonte er, dass er von seiner Familie nichts mehr gehört habe. In den letzten Wochen vor der Verhaftung war er viel unruhiger als sonst. Es lagen Gerüchte in der Luft, man munkelte schon irgendetwas, jedenfalls hatte er in diesem Jahr nicht mehr so rechte Lust, seinen Garten so zu bestellen wie noch im vergangenen Jahr.

#### **Ihr Beruf? – „Oberpräsident!“**

Von welcher Seite schließlich die Anzeige gekommen ist, darüber gibt die Polizei Hamburg, die durch einen ihrer Inspektoren im Beisein eines englischen Majors die Verhaftung vornehmen ließ, begreiflicherweise keine Auskunft. Als die Herren im Auto erschienen, war Koch nicht zu Hause, und die beiden entfernten sich wieder. Koch kehrte dann zurück - er war angeblich nach Hamburg

gefahren - hörte von dem Besuch und schöpfte natürlich sofort Verdacht. Er fragte den Jungen, der ihm von dem Besuch erzählte, nach allen Richtungen aus, legte sich dann schließlich auf sein Bett und grübelte. Die beiden Giftampullen, die er bei sich führte, blieben aber in seinem Lederetui. Er hatte weder Appetit auf Zyankali noch auf den Eierkuchen, den ihm seine Freundin J. backen wollte. Als die beiden Herren dann wiederkamen und ihn verhafteten behauptete er, der Major a. D. Rolf Berger zu sein, und er hielt diese Darstellung so lange aufrecht, als der englische Offizier dabei war. Auch auf der Fahrt nach Hamburg blieb er dabei, er - Koch ist bekanntlich 1896 in Elberfeld geboren und alles andere als Ostpreuße - sei, wie sein Ausweis zeige, in Ostpreußen geboren worden und überhaupt waschechter Ostpreuße, und er unternahm auch den kläglichen Versuch, in ostpreußischem Tonfall zu sprechen. Formell war die Verhaftung wegen Urkundenfälschung erfolgt und es galt zunächst festzustellen, dass es sich bei dem Verhafteten tatsächlich um den ehemaligen Gauleiter Koch handele. Die Polizei hatte inzwischen das Bild einer Frau, das man in der Brieftasche von Koch gefunden hatte, der Frau eines in Hamburg lebenden Naziführers vorgelegt mit der Frage, ob sie diese Frau kenne. Worauf sie geantwortet hatte: „Das kann Frau Koch sein“. Anscheinend bezweckte Koch mit der Behauptung, Rolf Berger zu sein, nicht bei den Engländern bleiben zu müssen, sondern vor ein deutsches Gericht zu kommen. Als er nämlich dem deutschen Haftrichter vorgeführt wurde, schlug er in theatralischer Form die Hacken zusammen und rief: „Ich bin der ehemalige Gauleiter Erich Koch und bitte um meine Verhaftung durch ein deutsches Gericht“. Dann wurde er vor den Oberstaatsanwalt geführt, und da tat er sehr besorgt, als dieser die beiden Giftampullen in Händen hielt, er rief: „Seien Sie vorsichtig, denn es kann schon gefährlich sein, wenn Sie das Etui öffnen!“ Im Übrigen nahm er den Mund recht voll. Nicht nur, dass er bei der Vernehmung durch die Polizei auf die übliche Frage nach dem Beruf mit „Oberpräsident!“ antwortete, behauptete er auch, er sei ein wackerer Kämpfer gewesen und habe als letzter die Festung Königsberg verlassen . . . . Auf die Frage, warum er sich so lange verborgen gehalten habe, antwortete er, er habe nicht den Russen ausgeliefert werden wollen und er vertraue darauf, dass die Engländer dem Auslieferungsantrag der Russen nicht nachkommen würden. Dass er heute noch auf dem Standpunkt steht, alle möglichen anderen, seien schuld an der Katastrophe, die über Deutschland hereingebrochen ist, nur nicht er und Leute seines Schlages, ist bei solchen Kreaturen, wie er eine darstellt, selbstverständlich.

### **Seite 5, Hass und Verachtung**

Alle Fragen, welche die Ostpreußen im Zusammenhang mit diesem Mann stellen, laufen auf die eine hinaus: „Was wird nun mit diesem Mann geschehen?“ Zur Stunde steht das noch nicht fest. Koch ist einige Zeit nach seiner Verhaftung aus dem Untersuchungsgefängnis Hamburg nach Bielefeld gebracht worden, wo die Spruchkammer das Verfahren gegen ihn vorbereitet und Material sammelt. Welches aber auch sein Schicksal sein mag, ob er eine längere oder kürzere Freiheitsstrafe erhält oder an die Russen ausgeliefert wird, die ihn dann nach ihrer Methode behandeln werden, wie immer die Strafe auch ausfallen mag, sie wird in keinem Fall eine ausreichende Sühne darstellen für den Mann, dem sein Herr und Meister unsere schöne Heimatprovinz zur Beherrschung und Ausplünderung überliefert hat und der Macht hatte über Leben und Tod von Millionen, keine ausreichende Sühne für den Mann, der rein persönlich verantwortlich ist für ein Meer von Blut und Tränen und für den Tod von vielen Tausenden Ostpreußen jeden Alters und Geschlechts.

Es wird von einem Vorfall berichtet, der sich im April 1945 in einem dänischen Hafen ereignet hat, einem kleinen Vorfall unter tausenden viel bedeutungsvolleren. Als dort Verwundete, die vor kurzem aus dem Osten hierher gerettet worden waren, dem Entladen eines neuen Flüchtlingsdampfers zusahen, um vielleicht vermisste Verwandte zu entdecken, da brach aus den Reihen ein Alter hervor und stürzte sich hinkend auf einen Mann, der eben, vom Dampfer kommend, das Bollwerk betrat. Er packte ihn und schlug ihm die Mütze vom Kopf: „Du,“ sagte er in wütendem Hass, „Du lebst?! Du lebst?! Und meine Frau? Und meine Töchter und meine Mutter? Und die meisten aus unserem Dorf? Die sind beim Iwan und tot oder verschleppt . . .“. Er drängte den Erbleichenden dem Wasser zu: „Kennt Ihr ihn nicht?“ schrie er. „Jetzt hat er eine Windjacke an und sicher einen falschen Pass. Vor drei Wochen aber war er noch ein Goldfasan bei Gauleiter Koch mit Gold und Lametta und dem Sieg in der Tasche. Bist Du es nicht? Hast Du nicht die Reden darüber gehalten, dass kein Russe durchkommt und der Sieg sicher ist? Hast Du nicht bei Todesstrafe verboten, dass unsere Frauen und Kinder rechtzeitig fortziehen konnten? Hast Du nicht unseren Volkssturm mit alten Flinten in die Stellungen gehetzt, wo er in einer Stunde erledigt war und die Fünfzehnjährigen vorwärts getrieben, bis sie von den Panzern abgeschossen waren, wie die Fliegen?“ Er drängte den verzweifelt sich Wehrenden weiter dem Wasser zu. „Das hier, das ist Euer Werk“, schrie er, „Ihr habt die Heimat auf dem Gewissen, und alle, die umgekommen sind . . . Und jetzt bringt Ihr Euch in Sicherheit, jetzt zieht Ihr Euch graue Windjacken an. Ihr Mörder . . . Ihr . . .“. Weiter kam er nicht, die Soldaten zogen ihn zurück.

Dieses Gefühl des Hasses ist es, das unzählige Ostpreußen erfüllt, wenn sie den Namen Koch hören, ein Hass, in den sich noch die Verachtung mischt für eine Kreatur, die nach dem von ihr verschuldeten Tod von zahllosen Menschen keine andere Sorge kannte als die, das eigene erbärmliche kleine Leben in Sicherheit zu bringen.

### **Seite 5 Ein Auftrag an die Sprecher der Landsmannschaften Drei EntschlieÙungen auf einer Großkundgebung in Lübeck**

Eine Großkundgebung, welche die Notgemeinschaft ostdeutscher Landsmannschaften in Lübeck, am Freitag, dem 24. Juni, in der Auktionshalle durchführte, war von mehr als 4000 Heimatvertriebenen besucht, und mehrere Hundert, die keinen Einlass mehr finden konnten, hörten vor der Halle die Reden und EntschlieÙungen durch den Lautsprecher. Auf der außerordentlich eindrucksvollen Veranstaltung wurden drei Themen behandelt: Dr. Lippky-Lübeck sprach über „Wir und der Lastenausgleich“, Dr. Gille-Lübeck über „Wir und die Wohnungsfragen“, und Dr. Stubbe-Celle über „Wir und die Oder-NeiÙe-Linie“. Als eindeutige und geschlossene WillensäuÙerungen wurden einmütig drei EntschlieÙungen gefasst. Die erste behandelt die Frage der Oder-NeiÙe-Linie und hat folgenden Wortlaut:

Die in Lübeck zu einer Großkundgebung versammelten heimatvertriebenen Deutschen treten an die Sprecher ihrer Landsmannschaften mit folgender EntschlieÙung heran:

Sie erwarten, dass ihre Sprecher, im Bewusstsein unser aller Verantwortung für einen gerechten Frieden, vor aller Weltöffentlichkeit dafür eintreten,

a) dass die Verwaltung der Polen über die deutschen Gebiete östlich der Oder-NeiÙe-Linie beendet wird, da sie durch Missbrauch verwirkt ist,

b) dass die ostdeutschen, ehemals preußischen Provinzen den Charakter eines deutschen Landes erhalten,

c) dass mit der Rückgliederung der Heimatgebiete, aus denen nach Abschluss des Potsdamer Abkommens Deutsche entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Minderheitenschutzverträge vertrieben wurden, gleichzeitig die Zonengrenzen aufgehoben werden und die Behandlung Deutschlands nach den Grundsätzen durchgeführt wird, zu denen die Alliierten sich in der Atlantik-Charta und in der Charta der Vereinigten Nationen in verpflichtender Weise bekannt haben.

Die zweite EntschlieÙung befasst sich mit dem Lastenausgleich. Sie lautet:

Die Heimatvertriebenen fordern zum Lastenausgleich

a) sofortige Aufwertung der Spar- und Bankkonten in Höhe von 6,5%,

b) der endgültige Lastenausgleich muss mit einer individuellen Schadensfeststellung verbunden werden,

c) der Lastenausgleich darf keinen anderen politischen Nebenabsichten dienen, und die Entscheidung über die aufkommenden Gelder muss daher im engsten Einvernehmen mit den Organisationen der Heimatvertriebenen erfolgen.

Die dritte EntschlieÙung behandelt die Wohnungsfrage in Lübeck. Sie lautet:

Die Heimatvertriebenen haben mit Empörung davon Kenntnis genommen, dass der Senat der Hansestadt Lübeck sich weigert, die Grundsätze anzuwenden, die die geltenden Gesetze für eine gerechte Wohnraumverteilung vorschreiben. Das gilt insbesondere für die Housing Directive Nr. 11 der britischen Militärregierung vom 28.09.1946, nach der niemand neben ausreichenden Schlafräumen Anspruch auf Wohnraum geltend machen kann. Gegen diesen Grundsatz wird in laufender Verwaltungspraxis zum Nachteil der Heimatvertriebenen verstoÙen. Die Heimatvertriebenen erwarten, dass keine Mittel unversucht gelassen werden, um den Senat der Hansestadt Lübeck zur Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu zwingen.

Die Kundgebung war ein Zeichen mehr dafür, dass die Heimatvertriebenen in Bewegung geraten sind und dass sie ihre Forderungen entschlossener anmelden als bisher.

### **Seite 6 „Unser Blick nicht rückwärts gerichtet!“**

#### **Viele Königsberger freuten sich in Hamburg über ein Wiedersehen**

Sommerliche Heimattreffen der Ostpreußen in Pflanzen und Blumen in Hamburg werden schon langsam zu einer Tradition. Leider, muss man sagen; es wäre besser und wie eine Erlösung, wenn man nicht in diesen herrlichen Anlagen am Dammtor nach manchmal langer Trennung freudiges Wiedersehen mit Verwandten und Freunden feiern würde, sondern einen ganz gewöhnlichen Alltag in seiner alten Heimat erleben würde, einen Alltag, wie er früher war.

Mehr als siebentausend Königsberger waren am 20. Juni teilweise von weither gekommen, um an dem von dem Kreis Königsberg-Stadt in der Landsmannschaft Ostpreußen veranstalteten Heimattreffen teilzunehmen. Die Bänke des weiten Rund waren bis auf den letzten Platz besetzt, als die Veranstaltung um 10.30 Uhr mit dem Gottesdienst ihren Anfang nahm. Pastor Hugo Linck, der noch nach dem Zusammenbruch unter russischer Besatzung Jahre hindurch in aufopferungsvoller Weise in Königsberg als Pastor gewirkt hat, stellte seine zu Herzen gehende Predigt unter das Wort: „Fürchte Dich nicht, glaube nur!“ „Glauben und sich nicht fürchten, das ist alles!“, das war auch das Wort, das der Stadtsuperintendent von Königsberg als Abschiedsbotschaft hinterließ, als er während des Krieges in Königsberg im Gefängnis ermordet wurde. Der Kreisvertreter Königsbergs, Konsul Hellmuth Bieske, begrüßte die Königsberger und übermittelte ihnen die Grüße von Agnes Miegel. Leider war der Sprecher der Ostpreußen, Dr. Schreiber, infolge wichtiger Amtsgeschäfte am Erscheinen verhindert. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Heimatvertriebenen Schleswig-Holstein, Regierungsrat a. D. Stech, wies in seinen packenden Ausführungen immer wieder darauf hin, dass jetzt die Geduld der Vertriebenen so gut wie erschöpft sei. Die von den einzelnen Ländern erlassenen Gesetze seien völlig unzureichend. Es werde eine der dringendsten Aufgaben des Bundestages sein, ein solches Gesetz zu schaffen und überhaupt die gesetzliche Grundlage dafür zu geben, dass die Vertriebenen auch tatsächlich und nicht nur der Form nach die gleichen Rechte haben wie die Einheimischen. Unser Blick dürfe deshalb nicht rückwärts gerichtet sein. Jeder Vertriebene habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Wahl, damit möglichst viele Männer unseres Vertrauens in den Bundestag kommen. Niemals dürfen wir aufhören, zu betonen, dass die Oder-Neiße-Linie nicht die östliche Grenze Deutschlands sein kann. „Bleiben wir einig, einig, einig!“ In diesen Ruf klang die mit großem Beifall aufgenommene Rede aus.

„Wir sind keine Demagogen, wir sind aber auch keine Marionetten!“ rief Dr. Kather - Hamburg aus. Würde ein Lastenausgleich tatsächlich nicht kommen, so wäre das keine Entscheidung gegen uns, sondern eine Entscheidung für den Bolschewismus! Wir wollen weiter nichts, als dass wir auf gleicher Ebene wie die Einheimischen den Kampf um unsere Existenz aufnehmen können. Um das zu erreichen, müssen wir alles daran setzen, unsere Kandidaten in möglichst großer Zahl in den Bundestag zu bekommen. Was unsere Heimat anbetrifft, so sind in der letzten Zeit Stimmen laut geworden, die da meinen, wir könnten da, mit den Polen zusammenleben. Wir wollen dazu nur sagen, dass wir eine freie Heimat in einem freien Europa haben wollen. Von dieser Forderung werden wir niemals abgehen. Starker Beifall zeigte, wie sehr alle Königsberger mit dem einverstanden waren, was der Redner gesagt hatte.

Dann sprach Herr Eugen Scheyer-Stockholm, ein Königsberger, der nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus nach Skandinavien gegangen ist. Er schloß sich, so betonte er in recht eindrucksvollen Darlegungen, den hier dargelegten Forderungen voll an. So sehr wir aber auch unsere Heimat wieder haben wollen, so wünschen wir aber doch nicht einen Krieg. Unser aller Friede und Sicherheit hängt aber davon ab, dass uns die geraubten Landesteile wiedergegeben werden. Den deutschen Behörden aber, welche die Fragen der Heimatvertriebenen nicht lösen wollen, könne er nur zurufen: „Schiebt die Dinge nicht auf die lange Bank! Wenn Ihr sie nicht löst, dann werden sie von anderen gelöst werden, aber von solchen, die Euch nicht angenehm sein werden“.

Am Nachmittag machte dann Dr. Erich Bieske sehr aufschlussreiche Ausführungen über das Leben, das die Königsberger nach dem Zusammenbruch unter russischer Besatzung in ihrer Heimatstadt geführt haben, bis sie schließlich abtransportiert wurden. Im Anschluss daran beantworteten er und andere Heimatgenossen, die Auskunft geben konnten, in dem improvisierten Büro zahlreiche Fragen besorgter Heimatgenossen über das Schicksal von Angehörigen.

Es war ein guter Gedanke der Organisationsleitung, das Treffen mit einem Heimatabend beschließen zu wollen, denn unsere Lieder und Sagen vermögen besser als alle bewusst auf eine leider allzu oft

oberflächliche Fröhlichkeit zielenden Darbietungen dem Sinn eines solchen Treffens Gestalt zu geben, indem sie uns mit unverlierbarem Gut aus der Heimat reich beschenken. Leider wurde dieses Vorhaben durch einen Zwischenfall, den zu einem günstigen Ende zu führen leider nicht in der Macht der Organisationsleitung lag, empfindlich gestört, so dass nur die Chorlieder und einige Lieder für einzelne Singstimmen mit Blockflötenbegleitung draußen im Pavillon zum Vortrag kommen konnten. Wie stark das Verlangen der Königsberger Landsleute danach war, unsere Lieder zu hören und einige davon selbst mitzusingen, bewiesen viele Hundert, die trotz Kälte und Wind vor dem Pavillon ausharrten und den Darbietungen der von Hansgeorg Zollenkopf geleiteten Gemeinschaft mit innerer Bewegung lauschten. Jedem sind wohl bei vielen Liedern Erinnerungen an mit Freude erfüllte Stunden in der Heimat aufgestiegen, und bei den weniger bekannten ist zum Bewusstsein gekommen, welche Kraft unserer Ahnen sich hier verkörpert und darauf wartet, in uns wieder geweckt zu werden, indem wir sie uns singend zu eigen machen. Dass unsere Lieder auch wertvoll genug sind, künstlerisch gestaltet zu werden, bewiesen der Chor des Kulturkreises Buxtehude mit seiner Blockflötengruppe und die Sängerinnen Ursula Tiedtke-Tabory und Traute Miesner in überzeugender, zu Herzen gehender Weise. — Wir möchten noch darauf hinweisen, dass die zum Vortrag gebrachten Lieder beim Nordwestdeutschen Rundfunk, Hamburg, Rothenbaumchaussee, im Rahmen der jeden Sonntag stattfindenden Sendung „Was Ihr wollt“ als Hörerwunsch bestellt werden können.

### **Seite 7 Hilferufe aus dem südlichen Ostpreußen.**

#### **Sorgt dafür, dass die Unterschriften, die uns abgezwungen wurden, nicht gültig sind!**

Nicht nur stellen nach polnischer Auffassung die von Polen besetzten Gebiete Ostpreußens einen Teil Polens dar, es soll dort in Zukunft auch keine Deutschen mehr geben. Nun hätten die Polen ja die dort noch lebenden Deutschen – es sollen etwa 25 000 sein – nach dem Westen Deutschlands abtransportieren können, aber man braucht sie als Arbeitskräfte. Um also die Deutschen zu behalten und doch wiederum keine Deutschen im Land zu haben, zwang man sie, Polen zu werden. Wie man die entsprechenden Unterschriften erzwungen hat, davon geben Briefe, vor allem solche aus dem Kreis Sensburg, ein wahrhaft erschütterndes Bild. Unsere Heimatgenossen haben die schwersten Misshandlungen erdulden müssen, viele wurden, - so heißt es in einem Brief, - zu Krüppeln geschlagen, und manche mussten ihren Widerstand sogar mit dem Leben bezahlen. Jeder musste unterschreiben, auch wenn er schon im Sterben lag. Dabei wurde von polnischer Seite noch die Behauptung aufgestellt, dass die Ostpreußen aus den westlichen Zonen ausgewiesen werden würden und wieder nach dem polnisch gewordenen Ostpreußen zurückkehren müssten, - eine Behauptung, die natürlich in keiner Weise zutrifft.

Aus leicht begreiflichen Gründen haben wir in den Briefen die Namen der Personen und der Orte – bis auf den der Stadt Sensburg – fortgelassen. Die Briefe zu erläutern, ist weiß Gott nicht nötig; sie sind ein einziger Schrei des Leidens und der Not, ein einziger Ruf nach Hilfe. Wir lassen sie hier folgen:

16.02.1949

Meine Lieben alle!

Wenn Ihr meine letzten beiden Briefe erhalten habt, werdet Ihr gespannt sein, wie es uns hier geht .... Ich muss Euch mitteilen, dass ich inzwischen ein neugebackener Bolschewist geworden bin. Wie ich dazu gekommen bin, will ich kurz berichten. Zum 10.02. hatte Käte gekündigt. Als wir ihre Sachen schon eingepackt hatten, kam der Administrator und sah, dass Käte losgehen wollte. Da hat er an die Miliz telefoniert und als wir gerade das Haus verlassen wollten, kam schon ein Beamter, und Käte musste dableiben. Mich hat er auf die Miliz mitgenommen, weil es den Deutschen verboten war, aus einem Dorf ins andere zu ziehen. Ich wurde verhört und zur Unterschrift für Polen aufgefordert. Als ich das nach stundenlangem Zureden im Guten und im Bösen doch nicht tat, wurde ich zur Nacht in eine eiskalte Zelle eingesperrt. Es war damals ziemlich starker Frost. Später bekam ich noch Gesellschaft, so dass wir vier Frauen zusammen waren. Nachts wurden wir wieder aufgefordert, zu unterschreiben. Als auch diese Bemühungen keinen Erfolg hatten, mussten wir am nächsten Tage Strafarbeiten machen. Die Mädchen haben die Zimmer sauber gemacht, und mich Alte nahmen sie zur Reinigung des Klosetts. Einige andere Leidensgefährten mussten andere Häuser mit kaltem Wasser scheuern. Als wir damit fertig waren, mussten wir bis zum späten Abend Holz tragen und bekamen während des ganzen Tages nichts zu essen. Abends wurden wir wieder stundenlang bearbeitet, um unsere Unterschriften zu leisten. Da haben denn auch viele unterschrieben. Von den Frauen blieben nur zwei übrig, die sich weigerten. Die Männer wurden von der Kriminalpolizei nach Sensburg mitgenommen, und wir Frauen wurden wieder ins Gefängnis eingesperrt. Da saßen wir dann mit nassen Füßen im kalten Raum und froren, dass die Zähne klapperten. Dort mussten wir die Nacht und den ganzen Sonntag über bleiben, wieder ohne Essen. Aber Hunger ist leichter zu ertragen als Kälte. Trotzdem wir uns dauernd bewegt haben, zitterten wir.

Meine gute Bekannte in B. hatte erfahren, dass ich im Gefängnis war, und schickte gegen Abend ein Mädchen ans Fenster, um uns zu erzählen, was inzwischen in B. passiert war. Dort waren inzwischen schon alle Polen geworden. Die Feder sträubt sich aber, um zu schildern, auf welche Weise die Unterschrift erzwungen wurde. Die Bekannte ließ mir sagen, ich sollte mich nicht weiter sträuben, zu unterschreiben, denn es hätte keinen Zweck. Sie selbst habe schon ordentliche Hiebe mit der Eisenstange bekommen. Einen Mann haben sie halb tot geschlagen. Heute habe ich ihn besucht. Er konnte gar nicht richtig sprechen, weil alle Zähne lose waren und der Mund geschwollen. Sie hatten ihm das Gesicht mit einem Türdrücker bearbeitet. Auf den Hintern und Rücken hatte er auch unzählige Hiebe mit der Eisenstange bekommen. Ein Mädchen sollte auch, um geschlagen zu werden, sich nackt ausziehen. Als sie das nicht wollte, rissen die Polen ihr den Mantel herunter und wollten sie entkleiden. Vor Angst hat sie dann die Unterschrift geleistet.

Vorgestern waren die Bewohner unseres Dorfes zur Unterschrift bestellt. Diejenigen, welche nicht unterschreiben wollten, wurden zur Miliz mitgenommen. Dort mussten die Frauen die Mäntel, Schals und Handschuhe abgeben. Männer blieben nur in Hemdsärmeln, und alle wurden in die kalte Zelle gesperrt. Nach ein paar Stunden wurden sie wieder geholt und haben, weil sie sich nicht die Knochen kaputt schlagen lassen wollten, ihre Unterschrift abgegeben . . . In Sensburg sollen infolge dieser fürchterlichen Behandlung einige Menschen gestorben sein. In S. ist ein Junge bei dieser Prügelei totgeschlagen.

In P. mussten sich die Deutschen halb nackt auf den Schnee legen und unter Bewachung liegen bleiben, bis sie die Unterschrift leisteten. Es ist ein himmelschreiendes Unrecht, was uns hier zugefügt wird. Bitte sorgt dafür, dass diese Behandlung der Deutschen in weiten Kreisen bekannt wird . . . Frau P. kann nicht polnisch sprechen und wollte nicht zur Miliz gehen, da wurden ihr die Hände gefesselt, und sie wurde mit Gewalt hingeschleppt. Uns wurde auch angedroht, wir sollten nach Sensburg gebracht werden, und dort sollten wir bis an die Knie im kalten Wasser stehen. Im Sommer mussten in Sensburg ungefähr 35 Männer bis an die Brust im Wasser stehen, und wenn sich das Wasser erwärmt hatte, wurde frisches kaltes hineingelassen. Blut ist bei dieser Behandlung auch genug geflossen . . .

Was hier für eine Stimmung ist, könnt Ihr Euch nicht vorstellen, ältere Männer weinen bittere Tränen, im Herzen sind und bleiben wir doch alle deutsch . . . Wenn wir Eure Briefe lesen, wie Ihr dort friedlich lebt und Freud und Leid miteinander teilen könnt, fühlen wir uns so sehr verlassen. Wann wird für uns die Erlösungsschuld schlagen? . . . Die Männer, die aus Sensburg zurückgekommen sind, liegen alle schwer krank, es sind auch viele Selbstmorde geschehen, und manche wurden ohnmächtig . . . Mit diesem Verhalten haben die Polen eine große Schande auf sich geladen. Hier heißt es, dass die Flüchtlinge, die nach dem Westen gekommen sind, von dort hierher zurückkommen müssen, vor allem sollen die Männer, die ihre Frauen noch hier haben, zurückkehren . . .

Ich kann mir nicht denken, dass eine solche erpresste Stimmabgabe Gültigkeit haben soll. Gott gebe, dass sich alles ändern möge. Als Hitler so vorgegangen ist, nahm seine Herrschaft bald ein Ende, und so wird es wohl auch jetzt kommen. Der liebe Gott sieht all diese Ungerechtigkeit und wird das nicht ungestraft lassen. Wir wollen nicht die Hoffnung verlieren und unser Vertrauen auf Gott setzen, der kann unsere Gebete erhören. Viele Polen sind über diese Behandlung der Deutschen auch empört. Eine arme Polin hat uns im Gefängnis heimlich ein Stück Brot zugesteckt . . .

Nun seid alle herzlich begrüßt von  
Eurer „polnischen“ Schwester und Mutter.

### **Seite 7, 8 „Nur unter Tränen hat jeder seine Unterschrift abgegeben . . .“**

07.04.1949

Liebe Frau und Herr Janello!

. . . Schon im vorigen Brief habe ich Ihnen einiges über die Zustände, die bei uns herrschen, mitgeteilt. So schlimm, wie es bei uns zugeht, werden Sie sich es bestimmt nicht gedacht haben. Schon Ende Januar (1949) folgte eine Versammlung der anderen. Es wurde uns immer wieder gesagt, dass hier schon Polen ist und dass es daher hier auch keine Deutschen mehr gibt. Man drohte uns damit, dass jeder, der nicht für Polen durch seine Unterschrift optierte, für acht Jahre nach Warschau zur Aufbauarbeit kommen würde. Niemand fürchtete sich davor, denn jeder sagte sich, auch dort leben Menschen. In dieser Zeit gab es auch für Deutsche hier nichts zu kaufen. Als die Herren sahen, dass sie auch damit nichts erreichten, wandten sie andere Mittel an. Am 14.02. war für uns Deutsche eine Versammlung in der Schule. Erst hat ein U.B.-Mann uns eine große Rede gehalten: Wer heute nicht unterschreibt, ist ein großer Nazi und auch ein Feind der jetzigen Regierung. Er wird danach seine

Strafe bekommen. Nach kurzer Zeit erschien der Amtsvorsteher und auch die Polizei. Die Türen wurden verschlossen, und niemand wurde herausgelassen, der nicht seine Unterschrift gegeben hatte. Wir haben einen günstigen Augenblick abgepasst und sind ausgerückt. Die Unterschriften dauerten bis 1 Uhr nachts, und es kamen wohl über 280 Stimmen zusammen. Darunter waren von unserem Hause nur G.

Wir dachten nun, dass die Polen nun genug Stimmen erhalten haben würden und wir den schweren Schritt zur Unterschrift nicht zu tun brauchten. Aber leider kam es anders. Am nächsten Tage wurden die restlichen Deutschen nach B. bestellt. Nur wenige sind dorthin gegangen. Wir wollten es darauf ankommen lassen und gingen auch nicht hin. Daher wurden wir zum 17.02. wieder bestellt und mussten uns wohl oder übel zu dem Gang entschließen. Als wir auf halbem Wege waren, kehrten wir wieder nach Hause um, da wir doch dachten, es würde sich alles beruhigen. Am 19.02. mussten wir wieder gehen. Ich hielt mich immer zusammen mit . . . Wir kamen bis an das Grab meines Mannes, da kam uns der Gedanke, noch einmal umzukehren, um wenigstens noch für eine kurze Zeit Deutsch zu bleiben. Am 21.02. kam dann die letzte Aufforderung an uns. Als wir sahen, dass wir doch nichts durchsetzen konnten, mussten wir hingehen und die Unterschrift leisten, so schwer es uns auch fiel. Die ganze Zeit über quälten uns die Gedanken, dass wir jetzt unsere Angehörigen nie mehr wiedersehen würden, denn an eine Ausreisegenehmigung nach der Option für Polen ist nun nicht mehr zu denken. Ich kann diesen schweren Gedanken einfach nicht los werden und glaube, dass so eine Zeit noch nicht dagewesen ist, in der man einem Menschen eine Staatsangehörigkeit aufzwingt und dazu noch in solcher Weise, wie es hier geschehen ist.

Ich kann Ihnen nicht alles schreiben, was manche Menschen ausgehalten haben, weil sie standhaft bleiben wollten. So zum Beispiel auch Frau L. Da sie bereits die Zuzugsgenehmigung nach dem Westen von ihrem Mann erhalten hatte, wollte sie nicht ohne weiteres ihre Unterschrift abgeben. Sie wurde aus dem Hause geholt, musste des Nachts im Keller fast ohne Bekleidung sitzen und am Tage die größten Arbeiten verrichten. Das hat sie nur drei Tage ausgehalten und musste dann doch unterschreiben. Sie kam mit einer schweren Erkältung zurück und lag vierzehn Tage lang zu Bett. So würde es auch uns ergangen sein, vielleicht sogar noch schlimmer, wenn wir an dem Tage nicht unterschrieben hätten. Viele wurden zu Krüppeln geschlagen, und manche mussten sogar ihren Widerstand mit dem Leben bezahlen. Jeder musste unterschreiben, auch wenn er schon im Sterben lag. Dazu schreiben die hier verbreiteten Zeitungen, dass die Deutschen händeringend zu den Polen kamen, um die polnische Staatsangehörigkeit zu erhalten. Soll wirklich eine so große Lüge irgendwo geglaubt werden? Nur unter Tränen hat hier jeder seine Unterschrift abgegeben und ist sich dabei darüber klar gewesen, dass diese erzwungene Unterschrift ein Wiedersehen mit den Angehörigen für immer ausschließt.

Glücklich sind alle diejenigen, die damals rechtzeitig die Heimat verlassen konnten. Ich hatte auch die feste Hoffnung, in diesem Frühjahr bei meinen Kindern zu sein. Meine Tochter Frieda bemüht sich sehr um mich und hat mir auch wieder eine zweite Zuzugsgenehmigung geschickt ... Es bleibt mir oft der Verstand stehen, wenn ich daran denke, dass ich für die Dauer hier bleiben muss. Es wird mir schwer fallen, meinen Lebensunterhalt weiter zu erwerben, da ich schwere Arbeit nicht mehr leisten kann und andere nicht bekomme . . . Vor der Option wurde uns versprochen, dass wir nach der Unterschrift in unseren alten Heimatort zurückkehren könnten, daraufhin sind G. und P. in H. gewesen. G. bekam gleich von dem Polen, der auf seinem Grundstück wirtschaftet, zu hören, dass zwei Hähne auf einem Hof sich nicht vertragen werden und dass er gar nicht daran denke, die Besetzung zu räumen. Q. aus B. hat schon vor längerer Zeit für Polen optiert und sich bemüht, auf sein Grundstück zurückzukommen. Jetzt bekam er die Erlaubnis, dorthin zu fahren, doch muss er dort mit einem Polen zusammenleben . . . Für heute habe ich alles berichtet und grüße Sie mit herzlichen Ostergrüßen  
Unterschrift

### **Seite 8, 9 „Nach fünf Tagen und fünf Nächten habe ich aus Angst unterschrieben**

11.03.1949

Mein lieber guter Freund Fritz!

Nachdem sich die Postkontrolle und der Wirbelwind mutmaßlich gelegt haben, will ich Dir über unser Schicksal ausführlich berichten. Jesaias 50, V. 6 „Ich hielt meinen Rücken dar denen, die mich schlugen, und meine Wangen denen, die mich raufte, aber mein Angesicht verbarg ich nicht vor Schmach und Speichel!“ - In Ergänzung meiner letzten Postkarte will ich Dir folgendes mitteilen. Es war am Sonntag, dem 6. Februar 1949, zu 17 Uhr für uns Deutsche in N. eine Magistratsversammlung anberaumt, auf der ein ansässiger Lehrer (genannt Pan Professor), ein Oberförster, ein Parteimensch P.P.R. mit dem Bürgermeister uns folgende Nachricht mitteilten: Nach einem Abkommen mit den Besatzungsmächten werden jetzt von hier aus keine Deutschen mehr nach Westen hinter die Oder

abtransportiert. Wir wollen euch daher im Guten raten, die polnische Staatsangehörigkeit anzunehmen, zumal ihr vier Jahre Zeit dazu gehabt habt. Wir treten an euch mit diesem Vorschlag das letzte Mal heran, ohne jeden Zwang und ohne Schläge. Vollzieht noch heute eure Unterschrift. - Da aber kein einziger der Anwesenden dieser Aufforderung nachkam, wurde eine weitere Versammlung auf Dienstag, den 08.02.1949, angesetzt. Zu dieser erschienen der Landrat, ein Poruznik (etwa Hauptmann) von der Geheimen Polizei (U.B. genannt) und der evangelische Pfarrer. Dieser führte zu Anfang etwa folgendes aus: Mich hat der Magistrat hierher geladen, um einige Sätze zu euch zu sprechen. Wenn jemand einen Hof besitzt, so sieht er auf Ordnung und fegt ihn sauber und rein. So muss auch der junge polnische Staat sein Reich säubern, was in den bisher vergangenen vier Jahren noch verabsäumt wurde. Sehet, Josef und Maria sind so weit gegangen, um sich auch eintragen zu lassen. Ihr müsst ebenso handeln. Der Starost (Landrat) sagte: Ich verlange, dass bis morgen 18 Uhr in N. kein Deutscher mehr vorhanden ist. Durch eure Unterschrift erlangt ihr dieselben Rechte, ja noch bessere, als jeder andere Pole. Ihr könnt euch Grundstücke hier im Kreise aussuchen und erhaltet ein Pferd, eine Kuh und Beihilfen. Unter Umständen könnt ihr auch eure eigenen Grundstücke zurückerhalten. Erwerbsunfähige erhalten Unterstützung, ebenso werden auch Renten gezahlt.

Auch diese Lockmittel zogen nicht. Am nächsten Tag um 14 Uhr erschien ein Kommandant und ein Beamter der Miliz in meiner Wohnung und nahmen mich und meine Frau zum Verhör durch den Hauptmann nach dem Magistrat. Auch hier verweigerten wir die Unterschrift mit der Begründung, dass wir vier erwachsene Kinder in Westdeutschland haben und unsere alten Tage bei diesen verleben wollen. Inzwischen war ein kleines Lastauto vorgefahren, das ich besteigen musste, während meine Frau nach Haus entlassen wurde. Nach mir kamen auf den Kraftwagen noch . . . Gegen 16 Uhr kamen wir in Sensburg an und wurden im Gebäude der G.B. im Keller eingesperrt. Am nächsten Tage wurde der 78-jährige B. verhört. Auch hier verweigerte er die Unterschrift. Da bekam er einige Schläge auf den Kopf und mit einem Lineal auf die Hände und wurde zurück in den Keller gebracht.

Die Behandlung aller Leidensgenossen kann ich Dir nicht schildern, weil ein solcher Bericht zu umfangreich werden würde, da wir vom 8. – 25. Februar dort eingesperrt waren. Ich will Dir daher nur über meine Erlebnisse erzählen. Als ich am zweiten Tage aus dem Keller geholt wurde, saßen im Zimmer drei in Zivil gut gekleidete Männer von etwa 22 – 30 Jahren. Man bot mir sogar einen Stuhl an. Ich wurde darauf gefragt, warum ich mich bisher noch nicht zu einer Option für Polen entschlossen habe. Ich antwortete darauf, mein Vater ist Deutscher gewesen und konnte kein Wort polnisch, so will auch ich immer Deutscher bleiben. Mein Vater würde sich im Grabe umdrehen, wenn ich meine Unterschrift für Polen abgäbe. Ich will zu meinen Kindern nach Westdeutschland, wo ich nicht so schwer zu arbeiten brauche wie hier. Darauf erhielt ich ein paar Backpfeifen, musste die Finger der beiden Hände zusammenballen und einer der beiden Männer schlug mir mit dem Lineal auf die Fingerspitzen und auf meinen kahlen Kopf. Danach forderte man mich wieder auf, zu unterschreiben, und ich antwortete nun erst recht nicht. Dann wurde ich wieder eingesperrt. So erhielt ich die Prügel dreimal. Beim zweiten Mal war es aber schlimmer. Da musste ich zuerst die Stiefel und Strümpfe ausziehen und dann die nackten Füße auf einen Fuß-Stuhl aufstellen. Zwei Polen schlugen dann mit Gummischläuchen auf die Sohlen, bis sie schwarz waren. Dann musste ich die Hosen und Unterhosen runterlassen, und es gab Schläge auf den nackten Hintern. Du kannst Dir denken, welche Wirkung das hatte, wenn zwei Männer auf mich einschlugen, als ich über dem Stuhl lag. Damit aber noch nicht genug. Ich musste mich auf die Dielen hinsetzen, man fasste mich an den Schläfenhaaren und zog mich in die Höhe, bis ich auf den Beinen stand. Dann schlugen sie mich auf die Halssehnen mit den Fäusten und stellten mich zuletzt mit dem Rücken an die Wand, fassten mich am Kinn und schlugen mir den Hinterkopf gegen die Wand, etwa 10 – 12 Mal. Diese Behandlung dauerte über eine Stunde, so dass ich fast besinnungslos war. Als ich mich trotzdem weigerte, zu unterschreiben, sagte man mir, dass ich nach einer Stunde wieder rankäme. Beim vierten Mal habe ich aus Angst davor, zum Krüppel geschlagen oder zu Tode gemartert zu werden, nach fünf Tagen und fünf Nächten unterschrieben. Von dieser Misshandlung bekam ich einen Herzanfall, der mich zwang, zum polnischen Arzt zu gehen, der mich gleich fragte, ob ich auch eine, „Wucht“ erhalten habe. Er stellte mir ein Attest aus, dass ich nur leichte Arbeit verrichten kann.

Wir haben nur den einen Wunsch, die Nachrichten über diese menschenunwürdige Behandlung an die Öffentlichkeit zu bringen. Vielleicht können wir doch noch rauskommen, denn die Unterschriften, die auf diese Weise erpresst wurden, können doch keine Geltung haben. - Ebenso wie mir ist es 13 000 Deutschen im Kreise Sensburg ergangen. Viele Leidensgenossen haben Arm- und Beinbrüche durch diese Misshandlung davongetragen. Sorgt dafür, dass die Unterschriften, die uns abgezwungen wurden, nicht gültig sind. Warum sind so viele Transporte herausgegangen und nur wir letzten nicht?

Wir wissen ja gar nicht, was eigentlich gespielt wird. - Nun seid alle recht herzlich begrüßt von uns versklavten Deutschen.  
Dein Freund (folgt der Name).

Bemerkung: Der Schreiber dieses Briefes wird jetzt 61 Jahre alt.

13.02.1949

Mein lieber Mann . . .

Es freut mich, dass Du uns durch das Rote Kreuz angefordert hast. Hoffentlich werden wir doch einmal Glück haben, es dauert aber sicher sehr, sehr lange. Bis jetzt sind nur zwei Familien aus der Umgebung durch das Rote Kreuz abtransportiert. Das war vor Weihnachten, und die Anforderungen der Männer lagen schon länger als ein Jahr zurück. Ich weiß auch nicht, wie es mir hier ergehen wird. Seit zwei Wochen wird hier alles sehr streng gehandhabt. Die Polen werben wieder für Unterschriften. Die Deutschen dürfen zu keiner Arbeit gehen und bekommen auch gar nichts zu kaufen. Nur einen halben Kilometer dürfen wir uns vom Haus entfernen. Also nicht einmal bis ans andere Ende des Dorfes darf man gehen. Die Polen ängstigen uns mit allerhand Drohungen. Es braucht niemand zu denken, dass er nach Deutschland herauskommt. Die Kinder werden sie von den Eltern fortnehmen, es sind auch schon viele hier, die jetzt ihre Unterschrift abgegeben haben. Nach P. ist am vergangenen Sonntag die O.B. (Kriminalpolizei) herausgefahren und hat alle Deutschen zum Optieren gezwungen, ungefähr 500 Personen. So soll es bis zum 28.02. gehen. Von diesem Zeitpunkt ab soll kein Deutscher mehr hier sein.

Nach K. ist bis jetzt noch niemand gekommen, aber uns werden sie sicher auch nicht vergessen . . .  
Die Herta hat zu schwer auf dem Sägewerk gehoben und sich dadurch wohl eine innere Krankheit zugezogen.  
Unterschrift.

Lieber Onkel!

Wie Du vielleicht schon von anderer Seite erfahren haben wirst, hatten wir vom 15. – 20.02.1949 eine sehr kritische Zeit, die uns, wenn sie noch länger gedauert hätte, dem Wahnsinn nahe gebracht hätte. In diesen Tagen wurden mehr Tränen vergossen, als in der ganzen Zeit während der Besetzung durch die Russen. Am 18.02. wurde unser Schicksal durch eine Unterschrift besiegelt . . . Im Kreis Sensburg waren noch etwa 13 000 Deutsche, jetzt sind sie durch die erzwungene Unterschrift alle Polen geworden. Im Kreise Rastenburg ist bis jetzt von solchen Maßnahmen noch nichts zu hören. Es wurde uns alles Mögliche versprochen, auch dass wir jetzt nach Hause können. Aber daraus wird wohl nichts werden. So haben wir jetzt auch die Hoffnung auf ein Wiedersehen mit Euch aufgegeben, aber vielleicht bringt die Zukunft doch noch eine Wendung. Eine solche Unterschrift kann ja auch gar nicht gelten, denn sie wurde ja nur durch Erpressung erreicht. Deine Nichte Anni.

Unsere geliebten Kinder!

Nach langer Zeit will ich Euch wiederum schreiben. Es ist leider kein erfreulicher Brief von uns. Wir sind noch alle gesund und hoffen von Euch Gleiches. Heute muss ich Euch schweren Herzens mitteilen, dass wir infolge des ausgeübten Zwanges für Polen optieren mussten. Wir waren bisher noch im Kreise Sensburg 13 – 14 000 Deutsche, und jetzt sind wir in einer Woche Polen geworden. Wer nicht unterschreiben wollte, wurde hier beim Magistrat oder bei der Polizei eingesperrt. In einem kalten Keller saßen bei offenem Fenster Frauen, Mädchen, Burschen und Männer, und wer sich dann noch weigerte, die Unterschrift zu leisten, wurde nach Sensburg zur U.B. gebracht und eingesperrt. Dort kam auch Euer Vater hin und wurde fünf Tage und fünf Nächte festgehalten. Als er nach Hause kam, war er vollständig entstellt von der dortigen Behandlung, hatte blaue Flecke am Körper und Beulen am Kopf. Hilde saß hier am Ort auch zwei Tage und kam mit drei anderen Frauen ebenfalls nach Sensburg. Da Vater schon dort fort war, wurde ihr seine Unterschrift gezeigt, und da hat sie auch gleich unterschrieben und kam nach Hause. Jetzt lagen sie beide einige Tage krank vor Erkältung und vor Gram. Daraus könnt ihr ersehen, wie es uns ergangen ist. Vielleicht werdet Ihr sogar sagen, dass wir jetzt nur noch halbe Menschen sind und dass Eure Eltern Euch Kinder vergessen haben. Jetzt wird uns immer wieder gesagt, dass diejenigen, die Verwandte in Westdeutschland haben, sich keine Sorgen machen sollen, denn die Verwandten würden auch hierher ausgewiesen werden. Ist Euch etwas davon bekannt? Viele haben schon Anträge für die Einreise ihrer Kinder eingereicht, denn man sagt, dass jeder, der in Ostpreußen geboren ist, hierher zurückkommen soll. So frage ich Euch daher an, wie Ihr darüber denkt. Wir wollen Euch ja nicht zwingen, denn Ihr seid großjährig und müsst das unter Euch einmal besprechen . . .

Viele fahren jetzt in ihre alte Heimat zurück und wollen auf ihre Grundstücke, aber es sieht alles öde aus. Papa will auch einmal nachsehen, aber wir wollen noch warten und nicht drängen.

Soweit der Brief der Mutter ohne Unterschrift. Dazu folgender Zusatz des Vaters:

. . . Vor der erzwungenen Unterschrift wurde uns die Rückgabe unseres alten Grundstücks versprochen. Inzwischen sind die aus dem Dorf R. nach Treuburg gefahren und haben dort folgende Neuigkeit gehört: Ihr solltet eure Wirtschaften 1948 verlangt haben, dann hättet ihr sie bekommen, jetzt ist es reichlich spät. Nach langem Zögern hat aber der betreffende Beamte die Anträge angenommen und nun wollen wir abwarten, was geschieht . . . Die Tatsachen über das, was hier bei uns geschehen ist, müssen an die Öffentlichkeit gelangen, vor allem, dass unsere Unterschriften durch solchen Zwang erpresst worden sind. Mit besten tiefbetäubten Grüßen Euer lieber Papa

### **Seite 9 Herr, mach uns frei!**

Auf der Großkundgebung der Heimatvertriebenen, die am Sonntag, dem 10. Juli, in Hannover in der Niedersachsenhalle stattfinden wird – es werden sprechen der Leiter des Amtes für Fragen der Heimatvertriebenen, Dr. Schreiber, Ministerpräsident Kopf und Oberbürgermeister Weber -, wird von allen Teilnehmern das Niederländische Dankgebet gesungen werden. Dieses Lied ist in der Zeit der Kämpfe entstanden, welche die Niederländer Ende des 16. Jahrhunderts um ihre Freiheit gegen die Spanier durchfochten; es bezieht sich auf die Siege des Prinzen Maurits von Oranien 1597 über die Spanier. Das Lied, das 1626 in einer Sammlung von Kriegsliedern zum ersten Mal in der Öffentlichkeit erschien, hat den folgenden Wortlaut:

Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten,  
Er waltet und haltet ein strenges Gericht.  
Er lässt von den Schlechten nicht die Guten knechten,  
Sein Name sei gelobt, er vergisst unser nicht.

Im Streite zur Seite ist Gott uns gestanden,  
Er wollte, es sollte das Recht siegreich sein.  
Da ward, kaum begonnen, die Schlacht schon gewonnen,  
Du, Gott, warst ja mit uns, der Sieg, er war Dein.

Wir loben Dich oben, Du Lenker der Schlachten,  
Und flehen, mögst stehen uns fernerhin bei,  
Dass Deine Gemeinde nicht Opfer der Feinde.  
Dein Name sei gelobt, o Herr, mach' uns frei!

Herr, mach uns frei!

### **Seite 10 Eine eindrucksvolle Kundgebung in Hamburg: Die Westpreußen unlösbar verbunden!**

**Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen: von Witzleben — Oberkonsistorialrat Gülzow!**  
**„Wir sind keine Selbstmordkandidaten! Wir bekennen uns zum Leben!“ — Dr. Gille: „Wir rufen nach Arbeit, nach Pflichten, nach Verantwortung! Das Barometer steht auf Sturm!“**

Nachdem im April dieses Jahres auf Anregung von Dr. Schreiber der Leiter der Danzig-Westpreußischen Kirche, Oberkonsistorialrat Gülzow, einen größeren Kreis führender Männer des ehemaligen Westpreußen zusammengerufen und mit diesen die Bildung einer Landsmannschaft Westpreußen beschlossen hatte, waren nun von dieser neuen Landsmannschaft die Vertreter und die in der Nähe Hamburgs wohnenden Westpreußen zum ersten Mal zu einer Tagung zusammengerufen worden. Der starke Erfolg dieser Tagung beweist, dass die Bildung der Landsmannschaft wirklich einem tiefempfundenen Bedürfnis aller Heimatvertriebenen aus Westpreußen entsprach.

Schon die unter Leitung des kommissarischen Sprechers O. K. R. Gülzow stehende Vertretertagung, die am 18. Juni stattfand und von allen westpreußischen Heimatkreisen beschickt war, erbrachte wichtige Entscheidungen für die weitere Arbeit der Landsmannschaft. Die durch den Versailler Vertrag erfolgte Aufspaltung Westpreußens in vier Teile hatte natürlich im Laufe der Jahre auch zu einer gewissen Entfremdung zwischen den Menschen der verschiedenen Teilgebiete geführt. Desto höher muss es gewertet werden, wenn jetzt ganz spontan die unlösbare Verbundenheit aller Westpreußen betont und gefordert wurde. Die Kreise Elbing Stadt und Land, Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg, die zunächst bei der Landsmannschaft Ostpreußen mitgearbeitet hatten, entschieden sich für einen sofortigen Anschluss an die Landsmannschaft Westpreußen, und ebenso schlossen sich die Kreise Bromberg Stadt und Land und Wirsitz, die in einer besonderen Versammlung hierüber abstimmten, der Landsmannschaft an. Erfreulicherweise kam sogar mit der Vertretung der Danziger

Staatsangehörigen, dem Danziger Bund und der Vertretung der Freien Stadt Danzig in Hamburg eine Einigung zustande über eine Arbeitsabgrenzung und gegenseitige Unterstützung auf allen Gebieten der Flüchtlingsarbeit, so dass nun auch die Danziger der Landsmannschaft Westpreußen freundschaftlich verbunden sein können, ohne wegen ihrer besonderen Staats- und völkerrechtlichen Interessen besorgt sein zu müssen.

Die Vertreterversammlung genehmigte die Verfassung der Landsmannschaft und wählte zu ihrem Sprecher Erik von Witzleben aus dem Kreise Wirsitz, da O. K. B. Gülzow dieses Amt nur für die Gründungszeit übernommen hatte und infolge Arbeitsüberlastung nicht länger weiterführen konnte. Der neue Sprecher ist besonders allen Deutschen des ehemaligen Korridorgebietes als Führer in der polnischen Zeit gut bekannt. Schließlich wählte die Vertreterversammlung auch noch den endgültigen Arbeitsausschuss, während die Wahlen der Kreisobmänner und ihrer Arbeitsausschüsse für die alten Heimatkreise am nächsten Tage durch die anwesenden Kreisangehörigen erfolgten.

Der Sonntag (19. Juni) war den westpreußischen Großveranstaltungen vorbehalten. Der Tag begann mit feierlichen Heimatgottesdiensten, die für die Katholiken in der Marienkirche von Caritasdirektor Volkmann-Bromberg, für die Evangelischen in der St. Petri Hauptkirche von O. K. R. Gülzow-Danzig abgehalten wurden. Die daran anschließende Großkundgebung in Planten un Blumen war von über fünftausend Westpreußen besucht und nahm einen erhebenden Verlauf. Vertreter der befreundeten Landsmannschaften der Ostpreußen, der Pommern, der Sudetendeutschen u. a. wurden begrüßt.

Als erster Redner sprach das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Gille, der frühere Bürgermeister von Lötzen, über die Not der Heimatvertriebenen. Seine Rede war ein eindringlicher Ruf an das Gewissen aller Deutschen. Die Menschen, die aus dem besetzten Ostpreußen nach Westdeutschland kommen, haben hier einen Leidensweg in neuer Form zu gehen. Nicht nur werden sie einem langwierigen Zuzugsverfahren unterworfen, das über Monate läuft, sondern man lässt sie auch mit Wissen und Billigung des Sozialministeriums von Schleswig-Holstein Monate hindurch ohne Lebensmittelkarten. (Pfui-Rufe.) Aus dem Lager Uelzen wiederum jagt man sie mit Wissen und Billigung des Flüchtlingsministeriums in die Ostzone zurück! „Wir verbitten uns, dass gegen unsere gequälten Landsleute so vorgegangen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Eingaben über Eingaben werden gemacht; es geschieht aber nichts. Diese Dinge müssen mit ein bisschen menschlichem Anstandsgefühl schleunigst bereinigt werden! Man soll unsere Ruhe und Disziplin doch ja nicht falsch verstehen! Man soll nicht glauben, dass unsere Geduld endlos missbraucht werden könnte! Das Barometer steht auf Sturm! Wir wollen kein bequemes Leben führen, wir rufen vielmehr nach Arbeit, nach Pflichten, nach Verantwortung! Lasst die Vertriebenen nicht zu einer Organisation des fünften Standes werden!“ (Starker Beifall.) Dann appellierte Dr. Gille an das Weltgewissen: „Gebt uns die Heimat wieder, die ihr uns gegen alles Recht genommen habt!“

Nach ihm lenkte, von den Landsleuten lebhaft begrüßt, der aus der westpreußischen Abstimmungszeit weit bekannte frühere Marienburger Bürgermeister Pawelcik die Blicke auf die Marienburg als Symbol des Deutschtums im Osten. Dann rief der neugewählte Sprecher der Landsmannschaft, von Witzleben, seine alten Kampfgefährten und alle Westpreußen zu neuer gemeinsamer Arbeit für ihre Heimat auf.

Oberkonsistorialrat Gülzow, der als letzter Redner sprach, fand volle Zustimmung, als er ausrief: „Wir sind keine Selbstmordkandidaten! Wir bekennen uns zum Leben! Wir können uns nicht damit zufrieden geben, dass man uns mit freundlichen Worten füttert, sondern wir wollen uns unser täglich Brot selbst erwerben!“ Die Vertriebenen wollen die Gemeinsamkeit der Heimat und des Stammes aufrechterhalten. „Wir bekennen uns weiter zum Frieden unter den Völkern, wenn dieser Frieden gepaart ist mit dem Willen, uns die Rechte zu geben, die notwendig sind zum Leben!“ Das sei nicht möglich ohne Opfer, aber diese Opfer müssten gemeinsam gebracht werden. Man dürfe nichts als unmöglich bezeichnen, was wirklich möglich sei. „Wir sind angetreten, um das Leben zu sichern! Und man soll es wissen: Wir von einem Stamm stehen auch für einen Mann!“ (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung nahm zum Schluss eine EntschlieÙung an, in der für die ostdeutschen Vertriebenen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefordert wurden.

Nach dieser Großveranstaltung begannen dann die Wiedersehensfeiern der westpreußischen Heimatkreise, von denen das größte, das der Marienburger, im Winterhuder Fährhaus allein von etwa zweitausend Marienburgern besucht war, während die anderen Kreise hauptsächlich im großen Gewerkschaftshaus zusammen waren, wo trotz drangvoller Enge bis zum Abend Wiedersehensfreude

herrschte. Besonders wurde auch von allen das zu dieser Tagung zum ersten Male erschienene Mitteilungsblatt der Landsmannschaft „Der Westpreuße“ freudig begrüßt.

So war dies erste große Westpreußentreffen gleichzeitig ein verheißungsvoller Auftakt für die Landsmannschaft Westpreußen wie auch ein Beweis für den unaufhaltsam vorwärts drängenden landsmannschaftlichen Gedanken, der in der Gesamtheit der ostdeutschen Landsmannschaften seinen Ausdruck findet.

**Seite 11, 12 Ostfrage im Spiegel der Welt:  
„Herausgabe der annektierten Ostgebiete  
Was die „New York Times“ als propagandistischen Gegenzug empfiehlt**

**Die Auslandspresse schreibt:**

Der polnische Botschafter in Washington, Josef Winiewicz, überreichte dem amerikanischen Außenamt ein Protestschreiben, in dem gegen einen im offiziellen Bulletin des State-Department erschienenen Aufsatz über die Massenausreibungen der Deutschen Einspruch erhoben wurde. In dem polnischen Protest wird behauptet, der betreffende Artikel enthalte „das polnische Volk und die polnische Regierung beleidigende Äußerungen“.

Die bedeutendste Zeitung der Vereinigten Staaten, die „New York Times“, stellt in einer Betrachtung der Pariser Außenministerkonferenz fest, dass die deutschen Grenzen von 1937 durch das Abkommen vom 5. Juni 1945 fixiert worden seien, woran die Sowjetunion anlässlich ihres Protestes gegen die westlichen Grenzveränderungen noch ausdrücklich erinnert habe. Damit habe Russland nicht nur die Gültigkeit dieses Abkommens bestätigt, sondern gleichzeitig auch anerkannt, dass die Annexionen deutschen Gebietes im Osten durch Polen und die UdSSR selbst ungesetzlich gewesen seien. Die „New York Times“ fordert daraufhin, dass die amerikanische Außenpolitik jedem russischen Versuch, durch die Erhebung der Forderung auf Zurückziehung der Besatzungstruppen aus Deutschland propagandistische Erfolge unter den Deutschen zu erringen, damit entgegenwirken solle, dass sie ihrerseits die Forderung erhebe, dass Russland und Polen die annektierten Gebiete wieder herausgeben sollten und ihre Truppen nicht nur hinter die Oder, sondern hinter ihre eigentlichen Grenzen zurücknehmen müssten.

„Für einen gerechten Frieden für Deutschland, der den Deutschen ihr Land, ihre Industrie und ihre Selbstachtung“ erhält, treten, wie Senator William Langer von Nord-Dakota auf einer Veranstaltung der Steuben-Gesellschaft, Pastorius-Gruppe, in Philadelphia erklärte, die folgenden amerikanischen Senatoren ein: Taft von Ohio, Wherry von Nebraska, Eastland von Mississippi, Bridges von New Hampshire, Williams von Delaware, Watkins von Utah und Aiken von Vermont. Senator Langer führte aus, dass Leute, die einen gerechten Frieden für das deutsche Volk wollten, ihre Freunde kennen sollten, und wandte sich des Weiteren gegen den Morgenthau-Plan. (Sonntagpost, Winona, 10.04.1949.)

„Die wichtigste Forderung, die die Ostvertriebenen niemals aus dem Auge verlieren dürfen, ist die nach Rückkehr in die Heimat und nach vollem Schadenersatz. Es handelt sich hier um eine Forderung, die im Namen von ganz Europa und der ganzen Menschheit erhoben werden muss“, schreibt Hubertus Prinz zu Löwenstein in der in Winona, Minnesota, USA, erscheinenden „Sonntagpost“, dem Sonntagsblatt des Deutschtums in Amerika. — „Die Zukunft Deutschlands mit seiner vermehrten Bevölkerung bei einem Verlust von Ostpreußen und Schlesien, d. h. von 20 Prozent seines bestellbaren Landes, wäre zum mindesten unsicher“ schreibt Raymond Aron im „Manchester Guardian“ und stellt damit eine Ansicht richtig, die kürzlich auf dem Kongress der Labour-Partei geäußert wurde, indem gesagt worden war, Rumpf-Deutschland wäre bei einer funktionierenden Viermächteverwaltung an sich lebensfähig gewesen.

Unter der Überschrift „Preußische-Kultur“ veröffentlicht die „Church Times“, das Blatt der anglikanischen Kirche, eine Besprechung der englischen Ausgabe der Schrift von Professor Dr. Goetz von Selle „Deutsches Geistesleben in Ostpreußen“ (Aus dem Göttinger Arbeitskreis. Verlag Elwert, Gräfe und Unzer, Marburg) und schreibt dazu: „Diese kleine Broschüre von 56 Seiten, die vom Göttinger Arbeitskreis herausgegeben wurde, versucht mehr durch eine ruhige Darstellung als durch Behauptungen zu zeigen, welch reichen Nährboden für die deutsche und damit für die westliche Kultur die jetzt an Russland verlorene Provinz Ostpreußen darstellte. In einem leicht fremdartigen Englisch geschrieben, wirkt dieses Buch umso überzeugender, als es sich absichtlich von einer Erörterung aktueller politischer Gegebenheiten fernhält“.

Der große amerikanische Gewerkschaftsbund AFL legte in einem ausführlichen Programm seine Forderungen an die Pariser Außenministerkonferenz nieder und schlug vor, dass die Westalliierten nicht nur die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland unter Aufsicht der UN fordern sollten, sondern auch die Revision der ostdeutschen Grenzen und die Festlegung der gesamtdeutschen Grenzen nach den Grundsätzen der Atlantikcharta.

### **Stimmen in der inländischen Presse**

Unter Bezugnahme auf Ausführungen, die der britische Außenminister Bevin anlässlich seines Besuches in Berlin machte, schreibt der frühere deutsche Botschafter in London, Moskau und Tokio, Dr. Herbert von Dirksen, über Ziel und eigentlichen Sinn der Pariser Außenministerkonferenz im „Neuen Tagblatt“, Osnabrück: „Es geht nach den Worten Bevins darum, in Europa Ruhe und Ordnung für lange Zeit zu schaffen. Hinsichtlich Deutschlands ist die Voraussetzung dafür die Rückgliederung des deutschen Ostens, d. h. also der deutschen Gebietsteile jenseits der Oder und Neiße. Keine Forderung zur Befriedung Europas, ist moralisch, geschichtlich und juristisch besser begründet als diese“. Die Westmächte hätten, so heißt es des Weiteren, bereits auf den Konferenzen von Moskau und London die Forderung angemeldet, dass die landwirtschaftlich wertvollen Teile des deutschen Ostens wieder zurückgegliedert werden müssen. Es liege an den Deutschen selbst, nunmehr diesen Forderungen in der Welt den Widerhall zu verleihen, dessen sie bedürfen, um sich durchzusetzen.

Unter der Überschrift „Die Oder-Neiße-Linie muss fallen“ veröffentlichte die „Hannoverschen Neuesten Nachrichten“ einen ganzseitigen Artikel, in dem insbesondere darauf hingewiesen wird, dass bei einer Rückkehr der deutschen Ostgebiete die Aufwendungen für Deutschland im Rahmen des Marshallplans wesentlich geringer sein könnten, habe doch der deutsche Osten z. B. 25% des deutschen Getreides und 30 % der deutschen Zuckerrübenenernte produziert und 25 % der deutschen Großviehzucht hervorgebracht. Jetzt aber liegen weite Teile dieses deutschen Landes unter polnischer Verwaltung brach.

Zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Arnold, auf der Kolping-Tagung in Köln, in denen dieser eine enge Zusammenarbeit mit Polen zur organischen Wiederbesiedlung des Landes östlich der Oder und Neiße unter der Voraussetzung der Wahrung der Freiheit des Gewissens und der Person forderte, schreibt die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, Bochum, u. a., dass der Vorstoß Arnolds gegenwärtig nicht aktuell sei, da sowohl die kommunistische polnische Regierung in Warschau als auch in London gebildete Exilregierung nichtkommunistischer Polen an der Oder-Neiße-Linie als Grenze festhielten.

In der sowjetischen Besatzungszone ist es den Ostvertriebenen nicht nur nicht erlaubt, die Frage der Oder-Neiße-Linie im Sinne einer Rückkehr zu erörtern, sondern es ist geradezu — beispielsweise in Grimma/Sachsen — gefordert worden, dass Heimatvertriebene auf der sowjetischen Kommandantur einen Revers unterschreiben, in dem sie erklären, nie in ihre alte Heimat zurückkehren und in der neuen Wohngemeinde als Neubürger wohnen zu wollen. Der Berliner „Kurier“ berichtet, dass die sowjetische Militärverwaltung in Sachsen-Anhalt die Verwendung des Namens „Ostpreußen“ verboten hat, und das Spandauer „Volksblatt“ weist im Rahmen eines Berichtes über die gegenwärtigen Verhältnisse in Guben darauf hin, dass man dort nicht von der Liebe zu dem Lande jenseits der Neiße sprechen darf, da auf solche Äußerungen die Polizisten und die Agenten der MVD nur warten.

Der aus den USA geflüchtete Kommunist Gerhart Eisler erklärte auf einer Versammlung der SED in Berlin, dass „nur ein Narr oder Provokateur den Versuch machen kann, an der Oder-Neiße-Grenze Polens zu rütteln“. Auch der Vorsitzende des FDGB in der Sowjetzone, Herbert Warnke, sprach sich auf dem polnischen Gewerkschaftskongress in Warschau für das Fortbestehen der Oder-Neiße-Linie aus und fügte hinzu, dass das deutsche Volk Polen für die während des Krieges verursachten Schäden außerdem noch entschädigen müsse. (SOPADE-Informationsdienst, 14.06., der TAG, Berlin, 09.06., dpd, Warschau, 07.06., Volksblatt 07.06.).

Wie der Berliner „Tagesspiegel“ meldete, berichteten in Berlin eingetroffene ostpreußische Flüchtlinge, dass die Tätigkeit von Partisanen in Ostpreußen zugenommen hat. Zu ihrer Bekämpfung werden polnische Truppen unter Führung von NKWD-Offizieren eingesetzt. — Über das polnische Vernichtungslager Potilitza bei Bromberg das ein „Straflager“ für Deutsche ist, berichteten drei Mann und ein Mädchen, die in die Westzonen fliehen konnten, nachdem sie wegen Verpflichtung zum Uranbergbau in Aue aus diesem Lager entlassen wurden. Gegen 45 000 Menschen haben in diesem Lager schreckliche Zeiten erlebt. Die meisten von ihnen sind dem Hunger, den Schlägen und den Folterungen erlegen. Noch jetzt befinden sich 15 000 Deutsche in diesem Lager. Am schlimmsten sei

es den Kindern ergangen, die nicht einmal mit ihren Müttern sprechen durften. („Hannoversche Presse" vom 04.06.) — „Als die ersten Polentransporte im Juni und Juli (1945) in Oberschlesien eintrafen, waren wir Freiwild geworden. Jeder Pole konnte Deutsche töten, ohne dafür bestraft zu werden. In meinem Heimatdorf Rasselwitz im Kreise Neustadt/OS, sind zum Beispiel sämtliche Volksschullehrer grausam zu Tode gequält worden“, berichtet ein Ostvertriebener in einer Zuschrift an die Hamburger „Zeit". (26.05.).

Die historischen deutschen Bauten in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße werden teilweise restauriert, berichtet die „Rhein-Neckarzeitung", Heidelberg, (08.06.). Auf der Marienburg wurde die Kapelle des Hochmeisters renoviert, da die Burg polnisches Militärmuseum werden soll. In Thorn versucht man, das Rathaus für die polnische Stadtbehörde herzustellen. Auf Grund der polnischen These, dass Kopernikus ein Pole gewesen sei, wurde in Frauenburg der Dom mit seinen Nebengebäuden restauriert und ein Kopernikus-Museum eröffnet. In Breslau sucht man Rathaus, Dom, Dorotheen- und Kreuzkirche wieder aufzubauen. Nach polnischen Meldungen soll in Danzig ebenfalls das Rathaus, der Artushof, das Zeughaus und das Hohe Tor wieder hergestellt werden. In Neiße will man die berühmte „Alte Waage" restaurieren.

Über die entsetzlichen Verhältnisse in Königsberg (Kaliningrad) nach der Besetzung durch die sowjetischen Truppen berichtet „Der Württemberger"-Reutlingen (04.06.), Hunger, Mord, Raub, Gewalttat jeder Art sowie die Winterkälte führten dazu, dass beispielsweise 1947 allwöchentlich 3 Prozent der zurückgebliebenen Bevölkerung starben. Die Hungersnot führte zu grauenhaften Erscheinungen, mussten doch Ärzte feststellen, dass auf dem sogenannten Freien Markt sogar Menschenfleisch angeboten wurde. Vor allem herrschte auch ein furchtbares Kinderelend. — Wie die „Deutsche Volkszeitung"-Celle meldet, gab der Leiter des „Kampfbund gegen Unmenschlichkeit", Dr. Rainer Hildebracht, auf einer Kundgebung in Berlin bekannt, dass nach zuverlässigen Ermittlungen in den Gebieten jenseits der Oder und Neiße drei Millionen Deutsche vernichtet oder deportiert worden sind.

Eine statistische Übersicht über den „Menschenmangel zwischen Oder und Bug" gibt W. Rempel in der „Schwäbischen Landeszeitung", Augsburg (08.06.). Die Vertreibung der Deutschen habe ein menschenleeres Land geschaffen, das mit der Rückführung der Polen aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten nicht ausgefüllt werden könne. Aus einem trotz aller gegenteiligen Behauptungen dünn besiedelten Agrarland sei ein Industriestaat geworden, der wegen des Mangels an Menschen nicht in der Lage sei, die Produktionsmöglichkeiten auszunützen. Das durch die Massenausreibungen geschaffene bevölkerungspolitische Vakuum könne von Polen nicht bewältigt werden. — Diese Stimme wird bestätigt durch weitere polnische Berichte über eine weitgehende Umsiedlungsaktion innerhalb Polens selbst, aus denen hervorgeht, dass man bewusst das innere Land entblößt, um die sogenannten „Wiedererrungenen Westgebiete" aus naheliegenden Gründen möglichst dicht zu besiedeln. Nach Berichten der Pressestelle der Polnischen Militärmission in Berlin wurden Tausende von Bauern aus den Wojewodschaften Warschau, Lublin, Lodz, Kielce, Posen und Krakau nach Pommern und Schlesien verbracht. Außerdem werden auch die Landarbeiter auf die Staatsgüter der „Westgebiete" verpflichtet. Trotzdem ist ein steter Rückstrom dieser „Neusiedler" aus dem Westen in das Zentrum des Landes zu beobachten, wie aus einem Bericht der „Westfälischen Rundschau", Dortmund (04.06.) hervorgeht. Insbesondere in Oberschlesien fühlt sich die ursprünglich ländliche Bevölkerung inmitten des Industriezentrums nicht heimisch. Um der sich herausbildenden „Stadtflucht" hier entgegenzuwirken, hat der polnische Staat am Rande des Industriegebiets, vornehmlich längs des Klodnitzkanals, Hunderte von Kleinsiedlungen gebaut, die den Ostpolen einen Anreiz zum Verbleib in Oberschlesien bieten sollen. Trotz dieser häufig zwangsweisen Besiedlung und trotz derartiger Maßnahmen sind nicht genug Polen da, um die verlassenen Höfe zu übernehmen und die Industrie in vollem Gang zu halten. Wie die „Fränkische Presse", Bayreuth, berichtet (16.06.) wendet man nunmehr das Interesse sogar der „Rückwanderung gewisser Ostflüchtlinge" zu. Nach Berichten polnischer Zeitungen handele es sich dabei um solche Flüchtlinge, die sich als Polen bezeichnen. Ihre Zahl sei im steten Anwachsen begriffen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass hierunter die Angehörigen der in den deutschen Ostgebieten zurückgebliebenen Deutschen zu verstehen sind, die nach unvorstellbaren Quälereien zur Option für Polen gezwungen worden sind. In Briefen aus Ostpreußen wurde bereits verschiedentlich berichtet, dass der Hinweis dieser Menschen, dass sie doch zu ihren Angehörigen nach Deutschland wollten, von polnischer Seite damit beantwortet wurde, dass man ihnen sagte, sie möchten vielmehr ihre Angehörigen zurückrufen. Auch dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass Polen von sich aus gar nicht in der Lage ist, diese Gebiete zu besiedeln.

In Schwabach bei Nürnberg wurde im Rahmen eines „Tages der Heimatvertriebenen“ auf dem dortigen Friedhof ein Mal, zum Gedenken, an Heimatvertriebene enthüllt, die bei den Austreibungen oder auf der Flucht den Tod gefunden haben. Das Mal soll gleichzeitig eine Erinnerung an die in der alten Heimat auf den dortigen Friedhöfen Bestatteten sein.

Wie der Berliner „Telegraf“ berichtet, sollen etwa 10 000 weibliche Ostvertriebene in England aufgenommen werden, um dort in der Textilindustrie beschäftigt zu werden. Nach fünfjährigem Aufenthalt dürfen diese Frauen dann die britische Staatsbürgerschaft erhalten.

Die Stadt Krefeld führt ein umfangreiches Siedlungsprogramm für Ostvertriebene durch, sollen doch binnen kurzem 52 Häuser für Vertriebene errichtet werden. Die gesundheitsschädlichen Notunterkünfte sollen bis Anfang des Winters sämtlich geräumt sein.

### **Seite 13 Unsere Arbeit in der Landsmannschaft Kommende Veranstaltungen (Nach der Reihenfolge der Termine geordnet)**

**Goldap.** Um allen Irrtümern vorzubeugen, weise ich nochmals darauf hin, dass der große Wiedersehenstag der Goldaper am 9. Juli, 10 Uhr, in der Stadthallengaststätte in Hannover stattfindet. Für diejenigen Goldaper, die an der Großkundgebung am 10. Juli in der Niedersachsenhalle teilnehmen, findet im Anschluss an die Kundgebung ein Kreistreffen im Gasthause „Zur Erholung“ in Hannover-Buchholz, Silberstr. 4, statt. Johannes Mignat, Kreisvertreter.

**Heiligenbeil.** Heimattreffen für den ganzen Kreis Heiligenbeil anlässlich der großen Ostpreußen-Woche in Hannover am 9. und 10. Juli. Organisation und Ausgestaltung liegen in den Händen unserer in Hannover wohnenden Landsleute. Anmeldungen an: Fräulein Klara Meller, Hannover, Voßstraße 47, schriftlich erbeten.

**Johannisburg.** Folgende Kreistreffen sind für den Kreis Johannisburg vorgesehen: Am 9. Juli ab 12.00 Uhr Hannover, Niedersachsenkeller. Dort auch Treffpunkt aller Johannisburger am 10. Juli nach der Großkundgebung mit Dr. Schreiber. 23. Juli: Heimattreffen in Hamburg ab 10.00 Uhr im Lokal „Elbschlucht“. Hamburg-Altona, Flottbeckerchaussee (ab Altona Hauptbahnhof, Straßenbahnlinie 30). Es spricht Dr. Gille über die Not der Heimatvertriebenen. Nach dem Schluss der Veranstaltung gemütliches Beisammensein mit Tanz für die Jugend. — Landsleute, nutzt die Fahrpreismäßigung für Sammelfahrten aus: 30% bei 15, 40% bei 30 Teilnehmern. Vorbestellung acht Tage vorher beim Abfahrtsbahnhof. — Landsleute, haltet Euch diese beiden Tage für das Zusammensein mit alten Freunden und Bekannten frei! F. W. Kautz, Schwarzmoor 82 über Herford (21) Kreisvertreter.

**Lötzen.** Unser diesjähriges zweites großes Heimatkreistreffen für Stadt und Kreis Lötzen findet am Montag, dem 8. August ab 10.00 Uhr im Winterhuder Fährhaus in Hamburg statt. (Zu erreichen mit der U-Bahn bis Hudtwalkerstraße, mit Linie 9 und 18 bis Winterhuder Marktplatz, mit dem Alsterdampfer bis Winterhuder Fährhaus). Geplant ist ein Heimatgottesdienst, gemeinsames Mittagessen, Feierstunde und auf vielseitigen Wunsch ein Tänzchen für die „Jugend zwischen siebzehn und siebzig“. Es war leider nicht möglich, das Treffen an einem Sonnabend oder Sonntag durchzuführen, um Sonntagsrückfahrkarten für die Anreise auszunutzen. Wir wollen daher versuchen, aus möglichst allen Richtungen Gesellschaftsfahrten zusammenzubringen. Lötzener Landsleute, die bereit sind, eine Meldestelle für eine Gesellschaftsfahrt zu übernehmen, bitte ich mir ihre Anschrift umgehend mitzuteilen. Nähere Einzelheiten werden durch Einzeleinladungen und Veröffentlichung an dieser Stelle in der nächsten Nummer bekanntgegeben. Liebe Landsleute, habt bitte Verständnis dafür, dass ich jetzt Einzelanfragen nur noch in dringenden Fällen beantworten kann. Werbt jetzt schon für unser Heimatkreistreffen! Wir wollen in diesem Jahr in noch größerer Anzahl erscheinen als im vorigen Jahr, um damit eindrucksvoll unser Recht auf die Heimat zu unterstreichen. Werner Guillaume, Hamburg 21, Averbhoffstr. 8, Fernruf 25 43 74, Kreisvertreter.

**Pr. Eylau.** Heimattreffen für den Kreis Pr. Eylau in der ersten Augushälfte in Hamburg. Programm wird in „Wir Ostpreußen“ bekanntgegeben. Andere Einladungen erfolgen nicht. Anträge und Wünsche bitte umgehend aufgeben. Lingk - Gallehnen, Carlsburg über Eckernförde, Kreisvertreter.

**Rössel.** Kreistreffen. Mitte August in Hamburg. Nähere Einzelheiten rechtzeitig in „Wir Ostpreußen“. Rösseler! Benachrichtigt heute schon alle Kreisinsassen! Zur Vervollständigung der Kreiskartei bitte umgehend Anschriften an den Unterzeichneten. Bei Anfragen unter allen Umständen Rückporto

beifügen, da ich selbst arbeitslos und nicht in der Lage bin, Postkarten aus eigenen Mitteln zu frankieren. Paul Wermter, Krempe Holstein (24b), Kreisvertreter.

**Labiau.** Heimattreffen Donnerstag, 18. August, Hamburg, Lokal „Elbschlucht“, Flottbecker Chaussee (ab Altona-Hauptbahnhof Linie 27, Hohenzollernring, von dort 10 Minuten Fußweg). 12 Uhr: Begrüßung, Ansprachen und Berichterstattung. Alle Bekannten benachrichtigen! W. Gernhöfer, (24 a) Lamstedt/NE.

**Pr. Holland.** Kreistreffen Ende August in Hamburg. Termin wird in „Wir Ostpreußen“ rechtzeitig bekanntgegeben. Kroll, Kreisvertreter.

**Tilsit-Stadt und Landkreis Tilsit-Ragnit.** Gemeinsames großes Heimattreffen im August in Hamburg. Besondere Einladungen ergehen nicht, weitere Bekanntmachungen werden an dieser Stelle veröffentlicht.

**Gumbinner aus Stadt und Land** werden gebeten, ihre Anschriften, soweit noch nicht bei den Heimattreffen erfasst, an Regierungsobersekretär Lingsminat, Lüneburg, Wilschenbruckerweg 84, zum Zwecke einer Adressensammlung anzugeben. Es muss enthalten sein: Name, Vorname, Beruf, Geburtstag, alte Anschrift, neue Anschrift.

#### **Seite 14 Aus dem Schrifttum**

##### **„Die Oder-Neiße-Linie“, von Dr. Friedrich Hoffmann. Politische Entwicklung und völkerrechtliche Lage.**

„Ein Problem ist es vor allen, das sich in den Deutschland betreffenden Fragen der großen Politik immer wieder in den Vordergrund schiebt: Die Frage der Oder-Neiße-Linie und der damit in Zusammenhang stehenden Folgen der Massenausreibungen aus den deutschen Ostgebieten. Auf allen internationalen Konferenzen hat dieses Problem ebenso eine wesentliche Rolle gespielt, wie die Aufgabe der Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft und der Wiederherstellung gesunder sozialer und politischer Verhältnisse in Europa sich als unlösbar verflochten mit der Lösung des Vertriebenenproblems erwies“.

Mit diesen Feststellungen leitet der ehemalige Kurator der Albertus-Universität, Königsberg, Dr. h. c. Friedrich Hoffmann, eine Darstellung des Problems der Oder-Neiße-Linie ein, die soeben beim Verlag Joachim Henrich K.-G., Frankfurt/Main, erschien, (Preis 1,50 DM). Nach einem kurzen Überblick über die nach dem 1. Weltkriege gestellten politischen Forderungen und die damals erfolgten Änderungen der deutschen Ostgrenze wird die politische Entwicklung dieser Frage bis zum Potsdamer Abkommen aufgezeigt und dabei deutlich gemacht, wie von 1939 an immer weitergehende Forderungen auf deutsche Provinzen erhoben wurden, bis es schließlich zur Errichtung der Oder-Neiße-Linie kam. Aber nachdem bereits im Potsdamer Abkommen festgelegt worden war, dass diese Linie nur provisorischen Charakter trage, wurde auf dieser Grundlage aufbauend von den Westmächten auf den Außenministerkonferenzen in Moskau und London die Forderung auf Rückgabe bestimmter Teile der unter polnische Verwaltung gestellten Gebiete erhoben. Diese nicht nur für Millionen deutsche Ostvertriebenen, sondern für das gesamte deutsche Volk so außerordentlich bedeutungsvollen Bestrebungen der anglo-amerikanischen Diplomatie werden in ihren einzelnen Entwicklungsphasen knapp, übersichtlich und gemeinverständlich dargestellt, wobei außerdem auch maßgebliche Äußerungen der angelsächsischen Publizistik Berücksichtigung finden. Dabei ist es ein Beweis der Objektivität und Sachlichkeit der Darstellung, dass sie sich insbesondere auch auf Dokumente stützt, die von polnischer Seite publiziert wurden und die in einem Anhang in Übersetzung wiedergegeben sind. Von besonderer Bedeutung ist auch, dass die Schrift abschließend die Verletzung der Grundrechte der Menschen erörtert, wie sie durch die Massenausreibungen aus den deutschen Ostgebieten erfolgte. Aus diesem Grunde ist im Anhang auch die UN-Deklaration der Menschenrechte im Wortlaut wiedergegeben worden.

Die Schrift stellt also nicht nur eine bisher in dieser Form noch nicht vorhandene Übersicht über die Entwicklungen und Hintergründe dar, die zur Oder-Neiße-Linie führten, sondern gibt auch aufschlussreiche Beweise dafür, dass die Erkenntnis vom Unrecht der Oder-Neiße-Linie in der Welt im Wachsen begriffen ist. Prof. Dr. Kurth.

#### **Seite 13, 14, 15 Aus den örtlichen Zusammenschlüssen** **Kulturelle Arbeit in Oldenburg**

Die Heimatgruppe der Ost- und Westpreußen, Oldenburg i. Old., - eine Untergruppe des Verbandes der Ostvertriebenen und Flüchtlinge in Oldenburg — umfasst zurzeit etwa tausend Landsleute als

eingetragene Mitglieder. Der erste Sprecher der Heimatgruppe ist Dr. Wander, Insterburg. Während die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Belange in den Händen des Verbandes liegt, widmet sich die Heimatgruppe vornehmlich der kulturellen Arbeit. Die rege Tätigkeit auf diesem Gebiet wurde von zwei Gedanken bestimmt: Die Veranstaltungen sollten das geistige, ideelle Band, das uns mit der Heimat verbindet, in Herz und Gedächtnis wachhalten, vertiefen oder neu knüpfen, wenn die wirtschaftliche Not der Gegenwart es zu zerreißen droht, sie sollten aber auch das Gemeinschaftsbewusstsein fördern und den Landsleuten damit ein Gefühl der Sicherheit und des Geborgenseins vermitteln. Andererseits betrachtet es die Heimatgruppe als eine Verpflichtung, in ihrem Wirkungsbereich dafür zu sorgen, dass die heimatlichen Kulturgüter und deren Schöpfer auch der hiesigen Bevölkerung nahe gebracht oder erneut ins Gedächtnis gerufen werden.

Die Heimatgruppe führte im letzten Vierteljahr folgende Veranstaltungen durch: drei Ausspracheabende, zu denen die Landsleute getrennt nach Regierungsbezirken eingeladen waren. Nachrichten aus der Heimat und Berichte über die Arbeit der Landsmannschaft und der Heimatgruppe leiteten jeden Abend eine freie Aussprache ein. Tagessorgen und aktuelle Fragen der Vertriebenen wurden diskutiert. Einige Vorschläge wurden aufgegriffen und an den Vorstand des Verbandes weitergegeben; andere der eigenen Arbeit nutzbar gemacht, so z. B. der Aufbau einer Jugendgruppe, der als Spielgruppe die Ausgestaltung der Heimatabende obliegen soll. Anlässlich des 70. Geburtstages unserer Agnes Miegel veranstaltete die Heimatgruppe einen Miegel-Abend. Ein Lebensbild und Vorträge verliehen der von Musik umrahmten Feierstunde ergreifende Herzlichkeit und legten Zeugnis ab von der Liebe und der Hochachtung, die wir Ostpreußen Agnes Miegel entgegenbringen. Anlässlich des 225. Geburtstages von Immanuel Kant lud die Heimatgruppe zu einem öffentlichen Vortrag ein. Dr. phil. habil. Riemann zeichnete ein Lebensbild des großen Philosophen, das den Menschen Kant würdigte, der über den vielen wissenschaftlichen Abhandlungen meist zu kurz kommt. Am Schluss seines Vortrages wies er alle in ihre Schranken zurück, die Kant heute aus der Reihe der großen Philosophen herauslösen wollen, weil sie ihn für den geistigen Vater des „fluchwürdigen“ Preußentums halten. Die Jugendgruppe der Ost- und Westpreußen beteiligte sich am 15. Mai mit der Aufführung eines Sprechchores an einer kulturellen Großveranstaltung, die der Verband der Ostvertriebenen und Flüchtlinge im Staatstheater durchführte, um besonders der einheimischen Bevölkerung ein Bild von dem kulturellen Leben und der Geschichte des deutschen Ostens zu vermitteln. „Land unterm Kreuz“ war das Thema des Sprechchores, der aus der Schau der Heimatdichter ein Bild von der Geschichte, der Landschaft und der Kultur Ostpreußens entwarf. Anfang Juni führte die Heimatgruppe ein Familienfest in einem nahegelegenen Waldrestaurant durch. Während die Väter und Mütter gemütliche Stunden bei Kaffee und Kuchen verlebten, tollten die Kinder auf der Spielwiese und im Walde umher. In zahlreichen Wettkämpfen konnten sie sich Leckereien erobern und brauchten ihrer Spielfreude keine Zügel anzulegen, weil kein verärgerter Wirt unverständliche Verbote erlassen hatte.

Die Reihe der kulturellen Veranstaltungen wird am 8. Juli mit einem Heimatabend für alle Ost- und Westpreußen fortgesetzt. Ernste und heitere Vorträge sollen wieder die Brücke zur Heimat schlagen. Später werden Abende um Kopernikus und Simon Dach folgen. H. B.

### **Die Ostpreußen in Bremen**

Am 11. September 1948 gründeten sieben Landsleute in Bremen den Heimatbund der Ostpreußen. Der vorläufige Vorstand setzte sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Hans Gerick (Seeburg), 2. Vorsitzender Conrad Krause (Braunsberg), Geschäftsführer Oskar Bartsch (Königsberg), 1. Kassierer Bernhard Jackisch (Königsberg), 2. Kassierer Hildegard Reikowski (Königsberg), 1. Schriftführer Heinz Jackisch (Königsberg), 2. Schriftführer Irmgard Pokall (Braunsberg). Auf der ersten Mitgliederversammlung am 1. Oktober waren 300 Personen anwesend. Es fanden folgende Veranstaltungen statt: Am 15. Oktober ein großes Heimatfest in der „Weserlust“ (die Mitgliederzahl war auf 650 gestiegen), am 18. Dezember eine Weihnachtsfeier für etwa 140 Kinder bei einem Krippenspiel, einer Kaffeetafel und mit hübschen Geschenken. — Der Chor, unter Leitung von Herrn Dobschinski (früher Frauenburger Dom), verschönerte diese Feier —, am 15. Januar ein Heimatfest, am 21. Januar und 14. Februar Lichtbildervorträge über Ostpreußen in der Hermann-Böse-Schule, am 17. April ein Osterfest, am 26. Mai ein Himmelfahrtsausflug nach der Künstlerkolonie Worpswede und am 14. Juni ein ostpreußischer Dorfabend (Gestalter des Abends war Herr Bartsch). Am 3. Februar war infolge von Rücktritten die Neuwahl des Vorstandes erfolgt. 1. Vorsitzender des Bundes der Ost- und Westpreußenbunde E. V. Bremen nennt, ist Hans Gerick (Seeburg), Geschäftsführer ist Oskar Bartsch (Königsberg). Der Pfingstsonntag brachte ein großes Treffen der im Lande Bremen wohnenden Ost- und Westpreußen. An den regelmäßigen Zusammenkünften, die am Freitag jeder Woche in der „Weserlust“ ab 19 Uhr vor sich gehen, wurde der großen Ostpreußen gedacht. Für den

Sommer sind ein Kinderfest und eine Dampferfahrt geplant. — Übrigens ist in Bremen am 1. März der Ring der Landsmannschaft gebildet worden.

**Zusammenschluss im Verband der vertriebenen Deutschen im Landesverband Hamburg.** Am 24. Juni wurde der Landesverband Hamburg vertriebener Deutscher gegründet. Einen ausführlichen Bericht bringen wir in der nächsten Nummer.

**Hamburg-Bergedorf.** Vor kurzem fand in Bergedorf, Hitschers Gesellschaftshaus, die Gründungsversammlung der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen-Bergedorf und Umgegend statt. Schätzungsweise 400 Landsleute waren anwesend. Nach kurzer Begrüßung durch den Versammlungsleiter, Landsmann Kuntze, fand Herr Tschauner vom Schlesier-Verein, Bergedorf, (auch im Namen der durch Herrn Minsk vertretenen Landsmannschaft Pommern, Bergedorf), herzliche Worte über den nunmehr bevorstehenden Zusammenschluss auch der Ost- und Westpreußen und gab der Hoffnung auf ein enges, erfolgreiches Zusammenarbeiten zwischen Schlesiern, Pommern und Ost- und Westpreußen Ausdruck. Als äußeres Zeichen der Verbundenheit sang der Heimatchor der Schlesier drei schlesische Heimatlieder. Als Hauptredner sprach dann Dr. Gille, früherer Bürgermeister von Lötzen, über die schwierige Lage der Ostvertriebenen in Schleswig-Holstein und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Ostvertriebenen. Das von Landsmann Gutzeit von der Landsmannschaft Groß-Hamburg vorgetragene „Gebet eines Ostvertriebenen“ von Ottfried v. Finckenstein fand in den Herzen aller Anwesenden stärksten Widerhall. — Die dringenden Appelle der Redner zum Zusammenschluss hatten den Erfolg, dass die Versammelten sich einstimmig für die Gründung der Landsmannschaft in Bergedorf entschieden. Es wurde zunächst ein Arbeitsausschuss gewählt. Anschrift: Teppner, Bergedorf, Brunnenstraße 178.

**Neumünster.** Recht zahlreich hatten sich die Landsleute zu dem üblichen Monatstreffen in unserem neuen Versammlungslokal „Hansahaus“ am Hansaring zusammengefunden. Unter der Bezeichnung „Gruppe Inster/Angerapp/Pissa/Rominte“ vereinen sich alle Vertriebenen aus den Heimatkreisen des früheren Regierungsbezirks Gumbinnen mit Ausnahme der Kreise Tilsit-Ragnit und Elchniederung. Die letztgenannten Kreise bilden wegen der beschränkten hiesigen Raumverhältnisse eine Gruppe für sich. Jedoch gehören alle Gruppen der örtlichen Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen an. Um 20.35 Uhr begrüßte der 1. Sprecher der Gruppe und zugleich Vorsitzender der heimatvertriebenen „braven Insterburger“ von Neumünster und Umgebung, Hans Munier, die erschienenen Landsleute. Der 1. Sprecher der Ost- und Westpreußen von Neumünster und Umgebung, Saffran, Georgenburgkehlen, verlas einen Vortrag über die 350-Jahrfeier von Insterburg, den Dr. Stenzel (Tilsit) im Jahre 1933 im Königsberger Rundfunk gehalten hat. Landsmann Munier gab noch bekannt, dass diejenigen Landsleute, die den Namen des Vertreters ihres Heimatkreises noch nicht kennen, ihn beim Schriftführer der Gruppe, Landsmann Fritz Jaquet, Hansaring 14, erfragen können.

**Oldesloe.** Mehrere hundert Heimatvertriebene waren der Einladung eines vorbereitenden Ausschusses in die „Fledermaus“ in Bad Oldesloe gefolgt. Auf der Tagesordnung stand eine Rede von Dr. Gille (Lübeck) und die Konstituierung weiterer Landsmannschaften in Oldesloe. Der Vertreter der Ostpreußen, Becker, begrüßte die Anwesenden und berichtete, dass sich die ostpreußische Landsmannschaft bereits vor kurzem im „Tivoli“ auf einem Treffen gebildet habe. Ferner konnte er mitteilen, dass der Leiter des bizonalen Frankfurter Flüchtlingsamtes, Dr. Schreiber, auf der großen Neumünsteraner Tagung der Heimatvertriebenen einen Besuch von Oldesloe in Aussicht gestellt hat. Dr. Gille erläuterte ausführlich die Ziele des landsmannschaftlichen Zusammenschlusses. Er verwarf sich gegen den Vorwurf, die Spaltung zwischen Flüchtlingen und Einheimischen oder gar unter den Flüchtlingen selbst zu betreiben. In vielen Kreisen, so auch in Lübeck, hätten die landsmannschaftlichen Vereinigungen zu einem vollen Erfolg geführt. Man könne den Entwurzelten nicht verwehren, ihre heimatlichen Bindungen, Überlieferungen und Traditionen zu pflegen und sie der heranwachsenden Jugend zu übermitteln. „Wir Flüchtlinge aus dem Osten werden niemals die Hoffnung auf eine Rückkehr in die Heimat aufgeben, auch wenn der Zeitpunkt ungewiss ist. Deshalb wollen wir unser Heimatgefühl immer wieder stärken. Wir müssen zusammenhalten und uns gegenseitig unterstützen. Wir können es uns nicht leisten, im Kampf mit Behörden und Parteien unsere Kräfte unnützlich zu verbrauchen. Auch wollen wir nicht als Almosen- oder Rentenempfänger unser Dasein fristen, sondern tatkräftig am Wiederaufbau mitwirken. Wenn die Millionen Flüchtlinge geschlossen ihren Willen kundtun, kann ihre Stimme nicht ungehört verklingen“. Scharfe Worte fand der Redner gegen die Versuche gewisser deutscher Instanzen, den Aufbau der Flüchtlingsorganisationen zu hintertreiben. Man könne nicht einerseits die Aufhebung der Oder-Neiße-Grenze fordern und andererseits die Arbeit der Heimatvertriebenen stören und hemmen. Der Redner warnte seine Landsleute jedoch vor dem Versuch einer eigenen Parteibildung. Die Heimatvertriebenen müssten lediglich in den politischen Parteien die Belange ihrer Leidensgefährten

vertreten. Entscheidend sei, die Jahre der Not mit den Einheimischen verbunden zu ertragen, bis sich dann vielleicht doch ein Ausweg ergebe. Heimat- und Volkslieder, gesungen vom Oldesloer Männerchor unter Leitung von Musikdirektor König, Rezitationen und die Musik einer Unterhaltungskapelle rahmten den Nachmittag ein. Als Meldestelle für die ostpreußische Landsmannschaft in Bad Oldesloe wurde folgende Adresse festgelegt: Becker, Eisenhaus Reschke, Hindenburgstraße.

**Lauenburg.** Die ostpreußische Landsmannschaft Lauenburg und Umgegend zählt zurzeit 180 Mitglieder Die monatlichen Heimatabende sind sehr gut besucht Abwechslung bringt ein gemischter Chor, dem schon über 30 Singfreudige angehören. Unter dem Motto „Unverlorene Heimat Ostpreußen“ hatte die Landsmannschaft an einem Sonntagnachmittag ins Hotel Stappenbeck eingeladen. Der 1. Vorsitzende (einige Wörter unlesbar) zu wirtschaftspolitischen Fragen. Nach den Referenten von Kamerad Struwe über ein Treffen aller Ostpreußen des Kreises Mölln und des Kameraden Behrend über Fragen der Arbeitsbeschaffung leitete der gemischte Chor unter Leitung des Kameraden Schröder zum zweiten Teil über. Höhepunkt war ein Vortrag der ostpreußischen Dichterin Ruth Geede mit Gedichten der bekanntesten ostpreußischen Dichter und Dichterinnen. Es wurde auch von den Landsmannschaften der Ostpreußen, Pommern und Danziger ein örtlicher Arbeitsausschuss gegründet, um eine gemeinsame soziale und kulturelle Betreuung der Landsleute zu ermöglichen. Zum Vorsitzenden dieses Arbeitsausschusses wurde der Vorsitzende der Ostpreußischen Landsmannschaft, Werdermann, gewählt, zum Schriftführer Herr Tetzlaff von der Landsmannschaft der Pommern, zum Kulturreferenten Herr Behrend von der Landsmannschaft der Danziger.

**Wolfsburg.** Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Memelländer und Danziger veranstaltete in den Räumen des Hotels „Steimkerberg“ ihren ersten fröhlichen Heimatabend. In der Begrüßungsansprache dankte der Veranstalter allen Geschäftsleuten, dem Handwerk und Gewerbe der Stadt Wolfsburg für die so zahlreich eingegangenen Spenden zur Tombola. Er bat die Landsleute, durch Mitwirkung in dem Volkstanz-, Gesang- und Theaterkreis der Landsmannschaft seine Arbeit zu unterstützen. Denn alle Arbeit gelte dem Zusammenschluss und der Pflege der heimatlichen Sitten und Gebräuche in der Landsmannschaft. Anschließend ergriff der 1. Vorsitzende der Interessengemeinschaft der Heimatvertriebenen das Wort. Er wies darauf hin, dass dieser erste Heimatabend einiges zu einem festen Zusammenschluss der Flüchtlinge in der Landsmannschaft und damit in der Interessengemeinschaft und auch zur Zusammenarbeit mit der hiesigen Bevölkerung beitragen möge. In dem dann folgenden bunten Programm brachten Humoristen der Bühne und des Rundfunks ostpreußischen Humor und Witz zu Gehör. F. Neckien.

**Peine.** Um auch in Peine den Zusammenschluss der im Kreise befindlichen Ostpreußen herbeizuführen, hatte Landsmann Sperber vor kurzem etwa 20 Landsleute in die „Hagenschänke“ gebeten. Nach Begrüßung durch den Genannten sprach Landsmann Hinterleitner, Pamletten bei Tilsit, und gedachte unserer Heimat. Folgende Landsleute wurden in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender: Hinterleitner; 2. Vorsitzender und Schriftführer: Sperber; Kassenwart: Seemann, Allenstein. Es wurde beschlossen, möglichst bald eine Zusammenkunft aller Ostpreußen in Stadt und Kreis Peine durchzuführen.

**Hameln.** Die Landsmannschaft Ostpreußen für Hameln und Umgegend ist gebildet worden. Am 14. Mai hatten die Landsleute Lemhöfer, früher Königsberg, und Lottermoser, früher Insterburg, eine Anzahl Landsleute aus mehreren Heimatkreisen zu einer Besprechung eingeladen. Hierbei kam der einstimmige Wunsch zum Ausdruck, alle Landsleute in Hameln und Umgegend in einer Landsmannschaft Ostpreußen zusammenzufassen. Bei der zweiten Zusammenkunft am 21. Mai, an der etwa sechzig Landsleute teilnahmen, gab Landsmann Lottermoser in einer kurzen Ansprache die Ziele der Landsmannschaft bekannt. Es wurde daraufhin die Bildung einer Landsmannschaft Ostpreußen, der alle Landsleute in Hameln und Umgegend beitragsfrei angehören, beschlossen. Der vorläufige Arbeitsausschuss wurde wie folgt benannt: Vorsitzender: Gehrke; Schriftführer: Lottermoser; Sprecher für den Regierungsbezirk Allenstein: Jeboram; Regierungsbezirk Gumbinnen: Hundsdörfer; Regierungsbezirk Königsberg: Hoffmann. Zur weiteren Mitarbeit: Borreck, Gerbrand, Steiner. Am 27. Mai hatte die Landsmannschaft die Frauen zu einem Heimatabend im „Kronprinzen“ eingeladen, um damit diese von sich aus Mitarbeiter für den Arbeitsausschuss zu benennen. 108 Frauen waren erschienen. Der Abend gestaltete sich in echt ostpreußischer Gemütlichkeit, die die Teilnehmer für einige Stunden in die Heimat zurückversetzte. Gemeinsam gesungene Heimatlieder sowie Lieder zur Laute und Gesangsvorträge erhöhten die heimatliche Stimmung und fanden überaus reichen Beifall. Für den Arbeitsausschuss wurden benannt: Kellmereit, Vorsitzende der Frauengruppe sowie die Frauen Häffner, Nolde, Preßler und Tybusseck.

**Oesede** (Landkreis Osnabrück). Vor kurzem fand hier ein erstes landsmannschaftliches Treffen von mehr als 100 Ostpreußen aus den Orten Oesede, Georgsmarienhütte, Harderberg und Kloster Oesede statt. Flüchtlingsbetreuer Müller, früher Gumbinnen, sprach über den Sinn und Zweck unseres landsmannschaftlichen Zusammenschlusses, und Landsmann Richter, früher Insterburg, wies auf das bevorstehende große Ostpreußentreffen in Hannover hin. Bei dieser Gelegenheit wurden die Erschienenen mit unserem neuen Mitteilungsblatt „Wir Ostpreußen“ bekannt gemacht. Ostpreußische Heimatlieder wechselten mit Dialekt-Dichtungen, von Studienrat Dr. Michalgyk, früher Königsberg, vorgetragen, ab und verhalfen dem Abend zu einem vollen Erfolg, an dem ein „Schalche“ Königsberger Fleck nicht ganz unbeteiligt war. — Die nächste Veranstaltung mit einem Lichtbildervortrag ist für den 30. Juli vorgemerkt.

**Lüdenscheid** (Westfalen). Die in Lüdenscheid und Umgebung ansässigen Ostpreußen haben sich im Rahmen der Landsmannschaft Ostpreußen zusammengeschlossen. Die Gründung der „Gruppe Lüdenscheid“ ist im April dieses Jahres erfolgt, und zwar in der Form eines nicht eingetragenen Vereins. Die Leitung hat Heinz-Dietrich Bloch, früher Königsberg, übernommen. Nachdem die Jugendgruppe bereits einen mit großem Beifall aufgenommenen Lichtbilderabend veranstaltet hatte, fand später eine Veranstaltung im größeren Rahmen statt. Herr Bloch gab zunächst einen Überblick über Entstehung und Ziele der Landsmannschaft Ostpreußen und ihr Verhältnis zu der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen. Sodann folgten Darbietungen ernsten und heiteren Inhalts. Besonderen Anteil an dem Gelingen hatte die Jugendgruppe. Umrahmt wurden die Darbietungen von ausgezeichneter Musik. Gegen 500 Landsleute waren der Einladung gefolgt.

**Wetzlar**. Am Sonntag, dem 12. Juni, fanden sich die im Kreise Wetzlar ansässigen Ostpreußen zu einem gemeinsamen Treffen im Bootshaus in Wetzlar zusammen, das von etwa 180 Ostpreußen besucht war und überaus harmonisch verlief. Nach der Eröffnungsansprache des Einberufers Fast, Wetzlar, welcher auf die Notwendigkeit des engen Zusammenschlusses aller ostpreußischen Landsleute hinwies und seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck gab, überbrachte Landrat a. D. Walther die Grüße des am persönlichen Erscheinen verhinderten Landrat Monzen und sprach im Anschluss daran als ostpreußischer Vertriebener, der selbst nahezu dreißig Jahre lang Freud und Leid der ostpreußischen Bevölkerung geteilt hat, in zu Herzen gehenden Worten zu den ostpreußischen Landsleuten. Es erfolgte die Wahl des Vorstandes, die auf Zuruf einstimmig erfolgte und folgendes Ergebnis hatte: Vorsitzender Fast, Wetzlar; stellvertretender Vorsitzender Arndt, Wetzlar; Kassenleiter Schwartz, Wetzlar, Schriftführerin Frau Stutz, Wetzlar; Vergnügungsleiter Naujoks, Wetzlar. Der letztere zeigte auch sogleich seine Fähigkeiten. Bei Kaffeetafel und einem kleinen Abendimbiss nahm die Veranstaltung, die durch gemeinsamen Gesang vertrauter Heimatlieder und wohlgelungene Gesangsvorträge verschönert wurde, einen harmonischen Verlauf.

**Lauterbach/Oberhessen**. Von dort geht uns der folgende Bericht zu: Es ist nur ein kleines Häuflein, das aus der ostpreußischen Heimat hierher verschlagen wurde. In Lauterbach begann Superintendent Schmadtke-Mohrungen, der dort Pfarramtlich tätig ist, mit der Sammlung der Ostpreußen aus Lauterbach und Umgebung. Wir halten monatlich Zusammenkünfte, an denen sich regelmäßig 40 bis 50 Personen beteiligen, ziemlich alle Landsleute, die hier untergekommen sind. Wir planen für Sonntag, den 10. Juli, ein Treffen in Bad Salzschlirf mit der Ostpreußengruppe aus dem Schlitzer Land, mit der wir gute Nachbarschaft halten. Ostpreußen, die diese Zeilen lesen und den Anschluss an uns noch nicht gefunden haben, werden um ihre Anschrift gebeten (Superintendent Schmadtke, Lauterbach, Adolf-Spieß-Straße 25 I). Die gleiche Aufforderung gilt den Heimatvertriebenen aus Stadt und Kreis Mohrungen, die bisher die Rundbriefe (Heimatklänge aus Mohrungen) noch nicht erhalten haben.

**Hof**. Zu dem zweiten Treffen der Notgemeinschaft der Ost- und Westpreußen, Bezirk Nordost-Oberfranken, Hof Saale, am 12. Juni, einberufen von dem Ersten Vorsitzenden Ernst Leneweit, hatten sich in den Räumen des Schützenhauses in Hof etwa 200 Landsleute eingefunden. Nach dem Vortrag eines Prologs „Heimat“, gesprochen von Herrn Wieszorreck jun., begrüßte Kulturreferent Fritz Schmidt die Versammelten. Nach Verlesung der Satzungen wurde der Vorstand bekanntgegeben: 1. Vorsitzender: Ernst Leneweit, Hof/S., Graf-Stauffenberg-Str. 1; 2. Vorsitzender: Fritz Wicszorreck, Hof/S., Fabrikzeile 20; Kulturreferent: Fritz Schmidt, Hof/S., Königstr. 18; Stellvertreter: Paul Bergner, Hof/S., von-Mann-Str. 1; Kassierer: August Loch, Hof/S., Marienstr. 61; Stellvertreter: Wermter, Hof/S., Friedr.-Friesen-Str. 2; Schriftführer: Josef Wedig, Hof/S., Landwehrstr. 18; Stellvertreter: Frau Helene Schmidt, Hof/S., Mühlidamm 18. Als Beisitzer gelten jeweils die Vertrauensleute der einzelnen Gemeinden innerhalb des Bezirkes Hof. Vereinslokal ist das Gasthaus „Zum Hirschen“, Hof, Bahnhofstraße. Da eine Geschäftsstelle noch nicht eröffnet werden kann, ist das Vereinslokal

vorläufig als Geschäftsstelle zu betrachten. Dorthin sind auch sämtliche Anfragen zu stellen, und jeweils am Donnerstag in der Woche um 20 Uhr werden von einzelnen Mitgliedern des Vorstandes Sprechstunden abgehalten. Im Vereinslokal kann von den Mitgliedern auch die Anschriftenliste durchgesehen werden. — Herr Lenewitz gab die Begründung für den erfolgten Zusammenschluss der Ost- und Westpreußen. Es gelte den Kampf aufzunehmen für die Rückgabe der Heimat. Niemand in der Welt darf sagen, wir hätten uns still mit unserm Schicksal abgefunden und begehrten nicht unsere Zurückführung in die Heimat. Unser Zusammenschluss soll aber auch nicht zur Absonderung von der hiesigen einheimischen Bevölkerung führen, sondern wir wollen alle darauf hinarbeiten, dass das Verhältnis zwischen Alt- und Neubürgern immer besser werde. Es ist zu erwarten, dass die Notgemeinschaft bei eifriger Werbetätigkeit schnell wachsen wird.

**Schwabach-Nürnberg.** Die in Schwabach ansässigen Ostpreußen veranstalteten seit Beginn des Jahres 1949 verschiedene kulturelle Veranstaltungen, die von durchschnittlich 100 Personen besucht wurden. Humoristische Vorträge und Tanz vereinten zu frohem Beisammensein. Weitere Veranstaltungen sind geplant. Meldungen erbeten an: Herbert Palfner, Schwabach bei Nürnberg, Südlicher Ring 15.

**Ulm.** Die in Ulm und um Ulm herum verstreut wohnenden Ostpreußen und Westpreußen kommen an jedem ersten Sonnabend im Monat nachmittags in Ulm im Herrenkeller, Herrenkellergasse zusammen. Die Versammlungen sind stets gut besucht und geben Zeugnis von dem großen Zusammengehörigkeitsgefühl der Ostpreußen und der Liebe zur unvergesslichen Heimat. Manche Berichte über die jetzigen Zustände in unserem lieben Ostpreußen sind bei diesen Zusammenkünften zur Kenntnis gebracht worden, und mancher hat erfahren, dass noch andere Leute aus seiner Heimatstadt oder seiner Heimatgemeinde nach hier verschlagen worden sind. Große Freude hat das Erscheinen des Mitteilungsblattes „Wir Ostpreußen“ ausgelöst, gibt es uns doch die Verbindung mit der Masse der aus Ostpreußen Vertriebenen, die weiter nördlich Unterkunft gefunden haben. Im Sommer ist ein Ausflug an den Bodensee geplant in der Hoffnung, dort evtl. ein größeres Treffen der in der französischen Zone wohnenden Ostpreußen veranstalten zu können. — Anschrift: Leo Korinth, (14a) Oellingen, Kreis Ulm.

**Tübingen.** „Kant, Danzig und das Memelland“. Unter diesen drei Leitsternen stand das letzte Zusammentreffen der Ostpreußen in Tübingen. Wieder waren sie in großer Zahl erschienen. Die 225. Wiederkehr seines Geburtstages bot den Anlass, über Kants Leben und Wirken zu sprechen. Nach einem knappen Lebensabriss ging Dr. Portzehl auf Kants Hauptwerke ein. Anschließend sprach Herr Weber - Tübingen über „Danzig, wie es war und wie es heute aussieht“. Herr Steinbacher - Tübingen gab ein Bild des Memellandes, seiner geschichtlichen Entwicklung und seiner landschaftlichen Schönheiten. Anschrift: Ely Huth, Tübingen, Zeppelinstraße 4 III.

**Schorndorf.** Vor kurzem versammelten sich nahezu alle heimatvertriebenen Ostpreußen, die in dem schönen Schorndorf Zuflucht gefunden haben (mehr als 80 Männer und Frauen). Die Vorbereitungen waren dem Landsmann Preuß zu danken. Nach humorvollen Begrüßungsworten durch den Königsberger Landsmann Gaedtke, der die Gründe für einen Zusammenschluss darlegte, wurde die Gruppe Schorndorf der Landsmannschaft Ostpreußen ins Leben gerufen. Der aus der Versammlung heraus eingebrachte Vorschlag, den Redner zum Vorsitzenden zu wählen, fand einstimmige Annahme. Zur Schriftführerin wurde Frl. Anneliese Preuß bestimmt.

**Seite 16: Werbung**